

## K-2 Kapitel 1: Berlin neu denken – eine Metropole für Mensch und Natur

Gremium: Landesvorstand  
 Beschlussdatum: 24.11.2022  
 Tagesordnungspunkt: TOP 3 Wahlprogramm zur Wahlwiederholung

1 In den vergangenen Jahren folgte ein Hitzesommer auf den nächsten. Berlins Bäume und  
 2 Pflanzen leiden massiv unter der Trockenheit und den hohen Temperaturen. Das Nahrungsangebot  
 3 für Insekten, Vögel und Säugetiere verringert sich. Menschen leiden unter gesundheitlichen  
 4 Problemen – besonders Ältere, kleine Kinder und sozial Benachteiligte. Diese extremen  
 5 Wetterlagen werden noch stärker zunehmen. Es ist deshalb zentral, Berlin auf die Folgen der  
 6 Klimakrise vorzubereiten und den Beweis anzutreten, dass und wie auch eine Metropole  
 7 klimaneutral werden kann. Unsere Vision ist ein Berlin voller grüner Oasen und kühler  
 8 Entlastungsräume, mit begrünten Haltestellen und schattenspendenden Alleen mit Pocket-Parks,  
 9 Kanälen, grünen Dächern und begrünten Fassaden. Wir wollen den Umbau Berlins vorantreiben: zu  
 10 einer Metropole, in der ökologische Verantwortung und Umweltgerechtigkeit sowie moderne  
 11 Infrastruktur und eine gute Grundversorgung für alle keine Gegensätze sind, sondern  
 12 Grundpfeiler einer nachhaltigen Stadtentwicklung. Noch ist Berlin eine der grünsten  
 13 Metropolen Europas. Parks, Wälder und Seen bringen Lebensqualität und schaffen ein  
 14 angenehmes Stadtklima. Sie kühlen in heißen Sommern unsere Stadt, sind Lebensraum für viele  
 15 Tiere und binden CO<sub>2</sub>. Doch auch diese wichtige Stadtnatur ist durch die Erderhitzung  
 16 gefährdet. Die Klimakrise ist eine reale Gefahr für unsere Existenzgrundlage auf diesem  
 17 Planeten. Gerade Menschen aus dem globalen Süden, die am wenigsten zur Klimakrise  
 18 beigetragen haben, spüren die Folgen am stärksten. Auch deshalb trägt Berlin als Hauptstadt  
 19 eines Industrielandes eine besondere Verantwortung, voranzugehen und klimaneutral zu werden.  
 20 Das Zeitfenster, die Klimakrise ganz abzuwenden, haben wir bereits verpasst. Aber noch  
 21 können wir die schlimmsten Folgen abmildern und ein neues, klimaneutrales Berlin bauen, das  
 22 auch Vorbild für andere Metropolen sein kann. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen,  
 23 müssen wir jetzt handeln!

### 24 Klimaneutrales Berlin

25 Berlin muss und wird seinen Beitrag leisten, die Ziele des Pariser Klimaabkommens  
 26 einzuhalten. Dafür ist es notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Deshalb wollen wir  
 27 Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen. Wir Grüne haben in den letzten Jahren in  
 28 der rot-rot-grünen Koalition – auch gegen Widerstände – eine ambitionierte Klimapolitik  
 29 eingefordert und vorgebracht. Der Aufholbedarf war groß, nachdem die Klimapolitik in  
 30 Berlin zuvor ein politisches Nischendasein gefristet hatte. Wir haben zwei von vier  
 31 Kohlekraftwerken abgeschaltet und dafür gesorgt, dass Berlin als erstes Bundesland die  
 32 Klimanotlage ausgerufen hat. Wir werden überall dort, wo das Land die Befugnis hat, weitere  
 33 Maßnahmen anstoßen, die uns zu Klimaneutralität bis spätestens 2035 führen können. Damit  
 34 Berlin insgesamt schnellstmöglich klimaneutral werden kann, sind auch grundlegende  
 35 Änderungen auf Europa- und Bundesebene erforderlich. Wir wollen die gesetzlichen Grundlagen  
 36 schaffen, um auch auf den Dächern und allen sonst geeigneten Flächen der Stadt zu 100  
 37 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Zukünftig werden wir eine Solaranlage auf  
 38 Berliner Dächern zum Standard machen. Die Berliner Stadtwerke werden für fast alle Bezirke  
 39 Solarpakete schnüren, haben die Kälte- und Wärmeversorgung der Urban Tech Republic  
 40 übernommen und mit dem größten in Berlin-Brandenburg genehmigten Windpark Albertshof,  
 41 erneuerbare Energien für 30.000 Haushalte ans Netz genommen. Der vollständige Rückkauf des  
 42 Berliner Stromnetzes beendet nicht nur einen jahrelangen Rechtsstreit, sondern ermöglicht  
 43 endlich gezielte Investitionen in die Infrastruktur der Energiewende der Stadt und die  
 44 genossenschaftliche Beteiligung der Bürger\*innen zur aktiven Mitgestaltung über die

45 BürgerEnergie Berlin. Mit Beginn der Corona-Pandemie wurden Stromsperren ausgesetzt. Wir  
46 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass diese Vorschrift künftig zwischen Mitte Herbst  
47 und Ende des Winters fortgeführt wird.

48 Um den hohen CO<sub>2</sub>-Ausstoß im Gebäudebestand deutlich zu reduzieren, haben wir ein neues  
49 Sanierungsförderprogramm entwickelt und die gesetzliche Grundlage für eine klimaschonende  
50 Wärmeversorgung geschaffen. Neubauten sollen von Anfang an so geplant werden, dass sie ohne  
51 fossile Energieträger auskommen. Wir setzen den ambitionierten Ausbau der erneuerbaren  
52 Energien sozial gerecht fort, damit wir bis spätestens 2030 alle Kohlekraftwerke in Berlin  
53 vom Netz nehmen können und Berlin somit auf den 1,5-Grad-Pfad bringen.

54 Verkehrswende: der Mensch im Mittelpunkt

55 Mit dem Rad, zu Fuß oder mit dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) an jeden Ort der  
56 Stadt zu gelangen macht Berlin zu einer lebenswerten Metropole. Deshalb ist unser Ziel, dass  
57 alle Menschen in Berlin rasch, sicher, bequem und klimaneutral unterwegs sein können. Unser  
58 Ziel ist klar: Wir wollen Berlin so gestalten und Angebote schaffen, dass niemand mehr einen  
59 privaten PKW benötigt, um in Berlin mobil sein zu können. Um Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu  
60 bringen, ist eine Verkehrswende dringend nötig, denn noch immer ist der Verkehr einer der  
61 wenigen Sektoren, in dem die Verschmutzung steigt statt sinkt. Wir werden und wollen dies  
62 ändern und setzen in der Verkehrswende auf die Maximen Verringern, Verlagern und Vermeiden.  
63 So bringen wir Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad, leisten einen entscheidenden Beitrag dazu, die  
64 Klimakrise noch abzuwenden, und machen gleichzeitig Berlin lebenswerter und sicherer, da wir  
65 Barrierefreiheit und Teilhabe zu Bestandteilen der Verkehrswende machen. Außerdem wollen wir  
66 die besitzunabhängige Mobilität fördern, so wird aus der ökologischen auch eine soziale  
67 Verkehrswende. Je mehr Menschen kein eigenes Auto mehr brauchen, desto mehr Platz bleibt für  
68 diejenigen, die nicht auf ihr Auto verzichten können.

69 Anstatt Verkehrswege nur für Autos zu planen, stellen wir den Menschen in den Mittelpunkt  
70 der städtischen Mobilitätsplanung. So werden wir uns an den Bedürfnissen der Menschen, wie  
71 gutes Klima, gute Luft, Spiel- und Sportflächen, Wege zum Einkaufen sowie Wege mit Älteren  
72 und Kindern orientieren. Dies schützt nicht nur das Klima, sondern nimmt auch alle  
73 Berliner\*innen in den Blick, die sich kein eigenes Auto leisten können oder wollen, denn sie  
74 sind besonders auf einen attraktiven ÖPNV sowie auf gute Rad- und Fußwege angewiesen. Dafür  
75 haben wir Grüne ein bundesweit einmaliges Mobilitätsgesetz verabschiedet, um den Verkehr,  
76 den zweitgrößten Verursacher von CO<sub>2</sub> in der Stadt, emissionsärmer, leiser und sicherer zu  
77 machen. Wir haben damit gesetzlich sichergestellt, dass bei der Verkehrsplanung der  
78 Umweltverbund, also Fußgänger\*innen, Fahrräder und öffentliche Verkehrsmittel, vor dem  
79 Autoverkehr zu berücksichtigen sind. Immer mehr Berliner\*innen steigen auf den ÖPNV und das  
80 Fahrrad um – ob klassisch, als Lastenrad oder Pedelec. Das liegt nicht nur an der wachsenden  
81 Anzahl von Radwegen in der Stadt, sondern auch daran, dass die neuen Radwege wesentlich  
82 breiter und sicherer sind. Schließlich haben wir damit begonnen, die begrenzten Flächen in  
83 der Stadt gerechter zu verteilen, indem wir Straßenräume, die vormals ausschließlich Autos  
84 vorbehalten waren, für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen geöffnet haben. An der  
85 Friedrichstraße haben wir es vorgemacht, viele andere Straßen werden bald schon folgen –  
86 temporär oder am besten dauerhaft.

87 Nicht nur für den Klimaschutz ist die Verkehrswende wichtig. Wir schützen damit auch die  
88 Gesundheit der Menschen an besonders vom Verkehr belasteten Straßen. Sie leiden nicht nur  
89 öfter an Lungen-, sondern auch an Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Dazu trägt auch die hohe  
90 Lärmbelastung bei. Deshalb ist es gut, dass wir an vielen Straßen Tempo 30 eingeführt haben  
91 und damit nicht nur die Abgas-, sondern auch die Lärmbelastung reduzieren. Und auch Fluglärm  
92 wollen wir nachhaltig mindern. Wir wollen dafür sorgen, dass die Menschen wenigstens in der

93 Nacht in Ruhe schlafen können. Deshalb muss am BER ein striktes Nachtflugverbot zwischen 22  
94 und 6 Uhr gelten.

95 Nur wenn sich Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen sicher bewegen können und Busse und Bahnen  
96 günstig, zuverlässig und eng getaktet fahren, entscheiden sich Menschen für klimafreundliche  
97 Mobilität. Deshalb haben wir milliardenschwer in den Ausbau von Bahnen und Bussen  
98 investiert: mehr Strecken, mehr Waggons, kürzere Taktung und mehr Elektroantrieb.

99 Mittlerweile bringen die ersten E-Busse die Berliner\*innen sauber und leise durch die Stadt,  
100 der Ausbau von weiteren Tramlinien und die Einrichtung zusätzlicher Busspuren sind bereits  
101 in vollem Gange. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Dafür wird auch die Erweiterung  
102 bestehender S- und U-Bahn-Strecken geprüft und vorangetrieben. Entscheidendes Kriterium sind  
103 der positive Klimaeffekt und eine ehrliche Kosten-Nutzen-Analyse. Darüber hinaus ist es auch  
104 entscheidend, dass alle sich das Ticket für Bus und Bahn leisten können. Deshalb haben wir  
105 die Preise für das Sozial-, Azubi- und Firmenticket stark gesenkt und Schüler\*innen können  
106 seit 2019 in Berlin sogar kostenlos durch die Stadt fahren.

107 Die von uns angestoßene Verkehrswende schafft mehr Teilhabegerechtigkeit, indem mehr  
108 Bewegungsfreiheit in der Stadt ermöglicht wird. Wenn wir Alternativen zum Auto ausbauen,  
109 profitieren auch die, die auf das Auto angewiesen sind. Dennoch hat das Auto mit  
110 Verbrennungsmotor in der Stadt keine Zukunft, zu hoch sind die Schadstoffbelastung, der  
111 Flächenverbrauch und die Lärmemission. Deshalb wollen wir bis spätestens 2030 die Innenstadt  
112 zu einer Null-Emissions-Zone umgestalten, in die weitestgehend keine Fahrzeuge mit klima-  
113 und gesundheitsschädlichem Verbrennungsmotor mehr fahren dürfen und die wir sukzessive auf  
114 weitere Teile Berlins ausdehnen wollen. Den Umstieg auf klimaneutrale Mobilität und  
115 klimaneutrale Antriebe wollen wir, soweit Mehrkosten entstehen, für diejenigen sozial  
116 abfedern, die auf ein Auto in der Stadt angewiesen sind. Wir wissen, dass die Verkehrswende  
117 nur gelingen kann, wenn die Innenstadt und die Außenbezirke gleichermaßen vom Ausbau  
118 profitieren. Weniger dicht besiedelte Gebiete sollen ein ebenso attraktives  
119 Mobilitätsangebot wie gut angeschlossene Gebiete erhalten, denn die Erreichbarkeit darf  
120 nicht vom Wohnort im Innen- oder Außenbezirk abhängen.

121 Berlins Stadtgrün sichern

122 Berlin muss nicht nur CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen, es muss auch sein Stadtgrün auf die bereits  
123 akuten Folgen des Klimawandels vorbereiten und klare Klimaanpassungsziele und Strategien  
124 dafür entwickeln.

125 Ansonsten werden unsere Lebensgrundlagen, unsere Gesundheit und auch unser Stadtgrün und die  
126 Stadtnatur massiv in Mitleidenschaft gezogen. Deshalb ist der Umbau Berlins zu einer  
127 resilienten – widerstandsfähigen – Stadt nicht nur eine Frage moderner Häuser, Transportwege  
128 und moderner Wirtschaft, sondern auch eine Frage der Gesundheit. Bereits jetzt ist absehbar,  
129 dass wir in Zukunft mit noch weniger Regen und längeren Hitzeperioden zu kämpfen haben  
130 werden. Deshalb müssen viele Flächen entsiegelt und gerecht verteilt werden, damit der  
131 wenige Regen vor allem dort nutzbar gemacht werden kann, wo er fehlt. Die Gründung der  
132 Regenwasseragentur war dafür ein erster wichtiger Schritt. Mit dem Programm „1.000 Grüne  
133 Dächer“ oder dem Berliner Energie- und Klimaschutzprogramm werden auch auf der  
134 zivilgesellschaftlichen Ebene der Ausbau des Stadtgrüns und der Klimaschutz gefördert. Wir  
135 wollen Konzepte miterarbeiten, um das große Potential der Stadtbäume und deren Baumscheiben  
136 zusammen mit Baumpat\*innen und Anwohnenden gemeinsam zu pflegen, zu schützen und das  
137 öffentliche Lebensumfeld bürger\*innennah zu gestalten. Das Grüne-Dächer-Programm wollen wir  
138 ausweiten und mit der Förderung der biologischen Vielfalt sowie einer gleichzeitigen  
139 Aufstellung von Solaranlagen verbinden. Mit der „Charta Stadtgrün“ haben wir einen Plan  
140 vorgelegt, wie zukünftig die Grünflächenentwicklung in der Stadt aussehen soll.

141 Jahrzehntlang wurde die Grünpflege in Berlin finanziell und personell ausgeblutet. Damit  
142 haben wir Schluss gemacht und die Mittel für die Baum- und Parkpflege massiv erhöht. Durch  
143 die Stadtbaumkampagne konnten 10.000 zusätzliche Straßenbäume in Berlin gepflanzt werden.  
144 Außerdem haben wir in die Strukturen investiert und die Bezirke mit mehr Geld für ihr  
145 Grünflächenamt und für ihre Bäume ausgestattet. Diesen Weg werden wir weitergehen, um so die  
146 Anzahl der Bäume zu steigern und insgesamt mehr grüne und blaue Infrastruktur aufzubauen.  
147 Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 haben wir fast alle Kleingärten für die kommenden  
148 Jahre geschützt und wir werden uns auch darüber hinaus für ihren Erhalt einsetzen.

#### 149 1.1 Klimaneutrales Berlin. Wir machen den Weg frei

150 Wir meinen es ernst mit dem Klimaschutz. Die Ausrufung der Klimanotlage, das Abschalten von  
151 zwei Berliner Kohlekraftwerken und der Einstieg in eine konsequente Verkehrswende waren  
152 erste wichtige Schritte. Doch es bleibt keine Zeit, sich auf diesen Erfolgen auszuruhen. Wir  
153 streiten weiterhin dafür, Berlin auf den 1,5-Grad-Pfad zu bringen und die Pariser Klimaziele  
154 zu erreichen. Klimaschutz muss deshalb Verfassungsrang in unserer Stadt bekommen. In der  
155 kommenden Wahlperiode werden wir uns in Verhandlungen dafür einsetzen, mindestens ein  
156 weiteres Kohlekraftwerk abzuschalten und dadurch jährlich fast eine halbe Million Tonnen CO<sub>2</sub>  
157 einzusparen, bis 2030 sollen alle Kohlekraftwerke vom Netz gehen. Die energetische  
158 Gebäudesanierung wollen wir deutlich ausbauen sowie sozial gerecht gestalten. Gleichzeitig  
159 wollen wir die Anforderungen des Artenschutzes beachten – denn Klimaschutz und  
160 Klimafolgenbewältigung sollen Hand in Hand gehen. Die Berliner Stadtwerke werden  
161 weiterwachsen und der zentrale Dienstleister für Energie- und Quartiersprojekte des Landes  
162 und der Bezirke werden. Wir werden prüfen, inwieweit eine Energiewende-Agentur in  
163 öffentlicher Trägerschaft ein Partner für die Verwaltung sowie für Unternehmen sein kann und  
164 bei der Umsetzung von Aktivitäten zur Energiewende unterstützen kann. Dabei nutzen wir auch  
165 die große Klima- und Energiewendekompetenz, die in Berlin vorhanden ist. Und wir setzen uns  
166 dafür ein, dass Klimagerechtigkeit in ganz Berlin gilt und alle Bezirke sowie Menschen von  
167 den Maßnahmen profitieren.

#### 168 Solar auf allen Dächern – die Energiewende in Berlin umsetzen

169 Damit Berlin seine CO<sub>2</sub>-Emissionen radikal reduzieren kann, brauchen wir die Energiewende hin  
170 zu 100 Prozent erneuerbarer Energie. Das größte Potential liegt dabei im Ausbau der  
171 Solarenergie auf Dächern und an Fassaden Berlins. Die Stadt kann dadurch ihren Anteil von  
172 derzeit 1 Prozent Solarstrom auf 25 Prozent der gesamten hier verbrauchten Energie bis 2035  
173 erhöhen. Wir wollen gesetzlich festschreiben, dass der Einbau von Solaranlagen zur Strom-  
174 und Wärmegewinnung bei Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten verpflichtend wird. Die  
175 Stadtwerke Berlin werden für alle geeigneten bezirklichen Bestandsgebäude Solarpakete sowie  
176 Photovoltaik-Lösungen für neue Quartiere und Neubauprojekte anbieten und umsetzen. Wir  
177 werden die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, um bis  
178 2025 alle öffentlichen Gebäude, auf denen das nach aktuellem technischen Stand möglich und  
179 sinnvoll ist, vollständig mit Solaranlagen auszustatten. Die für Photovoltaik geeigneten  
180 Dachflächen werden dabei konsequent ausgenutzt. Mit der Gründung des „SolarZentrums Berlin“  
181 haben wir bereits die Beratung und den Austausch zur Solarwende massiv gefördert. Die  
182 digitale Plattform Solardachbörse wollen wir weiter stärken, so dass nicht genutzte Dächer  
183 für den Aufbau von Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden können. Das erfolgreiche  
184 Energiespeicherprogramm wollen wir fortführen und weiter ausbauen. Darüber hinaus wollen wir  
185 die integrierte Planung von Strom- und Wärme-Netzen weiter ausbauen und so mit den  
186 dazugehörigen geeigneten Speichern eine effiziente Integration der lokal gewonnenen Energie  
187 vorantreiben.

188 Auch Privathaushalte und Unternehmen wollen wir motivieren, erneuerbare Energien selbst zu  
189 produzieren und zu verbrauchen. Die Grundlage dafür ist der „Masterplan Solar City“, den wir  
190 in den letzten Jahren erarbeitet haben. Darüber hinaus werden wir die Zusammenarbeit von  
191 Berlin und Brandenburg intensivieren und gemeinsame Bürgerenergieprojekte zu Solar- und  
192 Windkraftparks initiieren, um die gemeinsame 100%-Erneuerbare-Energie-Region zu  
193 verwirklichen. Dabei sind solare Freilandanlagen mit landwirtschaftlicher Nutzung oder einer  
194 naturfreundlichen Wiesengestaltung auf der Fläche zu verbinden. Wir prüfen, ob wir auf den  
195 Flächen der Stadtgüter verstärkt Solar- und Windparks einrichten können. Auch Kleinstanlagen  
196 für den privaten Gebrauch sollen stärker direkt oder indirekt gefördert werden. Die  
197 Mieterstrom-Projekte sollen deutlich ausgebaut werden. Für die Umsetzung müssen wir alle  
198 Akteur\*innen einbeziehen und fördern, insbesondere die Berliner Stadtwerke, aber auch  
199 Energiegenossenschaften und engagierte Bürger\*innen. Dafür werden wir auch die  
200 Speicherkapazitäten ausbauen.

201 Wärmesektor umbauen – Gebäude modernisieren

202 Die Hälfte aller klimaschädlichen Emissionen Berlins fallen im Gebäude- und Wärmesektor an.  
203 Auch hier wollen wir den Treibhausgasausstoß der Hauptstadt massiv reduzieren. Zentral dafür  
204 ist eine gesamtstädtische Wärmeplanung, basierend auf einem Wärmekataster, das die  
205 Potentiale der Wärme aus erneuerbarer Energie ebenso erfasst wie die bestehenden  
206 Wärmebedarfe. Hier sind wir bereits erste Schritte gegangen und werden diesen Weg  
207 weitergehen, denn gerade durch eine Wärmeplanung können die verschiedenen Akteur\*innen und  
208 Aktivitäten der Wärmewende koordiniert werden. Häuser, die energetisch modernisiert werden,  
209 sollen – wo möglich – auch bei der Wärmeversorgung klimaneutral werden. Unser Ziel ist eine  
210 integrierte Infrastrukturplanung, die Strom und Wärme sektorübergreifend sinnvoll nutzt.

211 In der Fernwärmeerzeugung haben wir den Kohleausstieg bis 2030 erfolgreich vorangetrieben.  
212 Ab 2030 muss Berlin kohlefrei sein. Wir halten zudem am Ziel fest, die Fernwärme bis 2035  
213 komplett auf erneuerbare Energien umzustellen. So entschieden wir Grüne sagen, dass der  
214 Einsatz von Erdgas für die Stromversorgung keine Option sein darf, sagen wir auch, dass im  
215 Bereich der Wärme der Einsatz von Erdgas schnellstmöglich überwunden sein muss. Deshalb  
216 werden wir die Potentiale für die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes immer wieder auf den  
217 aktuellen und neuesten Stand bringen, um so den 1,5-Grad-Pfad zu erreichen. Damit aus  
218 Potentialen auch konkrete CO<sub>2</sub>-Einsparungen werden, haben wir mit der Novelle des Berliner  
219 Energiewendegesetzes schon die Einspeisung von erneuerbaren Energien durch Dritte  
220 ermöglicht. Diesen Weg wollen wir weitergehen und die Fernwärme durch CO<sub>2</sub>-Grenzwerte und  
221 eine Erneuerbare-Energien-Quote regulieren und dazu die erneuerbaren Wärme-Potentiale immer  
222 wieder neu prüfen und maximal nutzen, um die Kohlewärme vollständig über Einsparungen und  
223 durch Wärme aus erneuerbarer Energie zu ersetzen.

224 Unser Ziel ist, den Einsatz von Erdgas so schnell und konsequent wie möglich zu minimieren.  
225 Wir werden nicht zulassen, dass Vattenfall die Dekarbonisierung verzögert und mit fossilen  
226 Energien unnötig Geld verdient. Wir kämpfen für den schnellstmöglichen Erdgasausstieg.  
227 Außerdem sollen die Temperaturen im Netz schrittweise abgesenkt werden. So heben wir die in  
228 Berlin vorhandenen Erneuerbaren Wärmepotentiale und machen einen Gaseinsatz schnellstmöglich  
229 überflüssig. Dabei ist für uns auch die Müllverbrennung nicht als klimaneutral anzusehen.  
230 Wir setzen uns daher auf Bundesebene dafür ein, dass auch diese unter die CO<sub>2</sub>-Bepreisung  
231 fällt.

232 Neben der Fernwärme sollen auch alle anderen Formen der Wärmeerzeugung bis 2035 klimaneutral  
233 werden. Dafür wollen wir den Austausch von Gas- und Ölkesseln durch klimaneutrale  
234 Heizungsanlagen, wie Solarthermie oder Wärmepumpen, noch stärker als bisher fördern und die  
235 Nutzung von Geothermie erleichtern sowie die Nahwärme etwa aus der Abwasserkanalisation

236 besser nutzen. Den rechtlichen Rahmen hierfür soll das Berliner Erneuerbare-Wärme-Gesetz  
237 bieten. Auf Bundesebene wollen wir uns dafür einsetzen, dass auch dort keine neuen  
238 Erdgasheizungen mehr gefördert werden und keine neuen Öl- und Gasheizungen mehr eingebaut  
239 werden dürfen. Wir setzen auf eine integrierte Infrastrukturplanung aus Strom- und  
240 Wärmenetzen sowie den dazugehörigen Speichern und uns ist bewusst, dass nach aktuellem  
241 Wissensstand Wasserstoff und dessen Derivate rar und teuer sind.

242 Außerdem setzen wir auf lokale Wärmeerzeugung in Berlins Kiezen: Jenseits der Fernwärme  
243 sollen neue dezentrale Nahwärmenetze sowie der Anschluss an diese auf Quartiersebene  
244 gefördert werden, in die örtlich erzeugte Wärme aus verschiedenen erneuerbaren Quellen  
245 eingespeist und lokal verteilt wird. Mit der Service- und Beratungsstelle für energetische  
246 Quartiersentwicklung haben wir hierfür bereits eine wichtige Anlaufstelle geschaffen. Diese  
247 Netze sollen mit möglichst niedrigen Temperaturen betrieben werden und eine Perspektive auf  
248 weitere Temperaturabsenkungen bieten. Außerdem werden wir auch die Kühlung der Stadt und der  
249 Gebäude vorantreiben, sei es durch Techniken der Verdunstungskühlung, Dach- und  
250 Fassadenbegrünung oder Techniken der natürlichen Lüftung.

251 Um die Klimaziele Berlins zu erreichen, müssen wir noch deutlich stärker die energetische  
252 Modernisierung von Gebäuden voranbringen und die Sanierungsquote erheblich steigern, um so  
253 auf den 1,5-Grad-Pfad zu kommen. Dafür ist auch eine Ausbildungs- und  
254 Qualifizierungsstrategie im Handwerk nötig. Auch hier gibt es große CO<sub>2</sub>-Einsparpotentiale.  
255 Allerdings ist nicht hinnehmbar, dass Modernisierungskosten, wie derzeit im Bundesmietrecht  
256 vorgesehen, komplett auf Mieter\*innen abgewälzt werden. Das schafft keine Akzeptanz für  
257 Klimaschutzmaßnahmen und befördert soziale Verdrängung. Stattdessen setzen wir uns für eine  
258 faire Kostenverteilung im Sinne eines Drittelmodells zwischen den Mieter\*innen, den  
259 Vermieter\*innen und der öffentlichen Hand ein. Bis dies auf Bundesebene realisiert ist,  
260 schöpfen wir die Möglichkeiten auf Landesebene aus. Dazu gehört neben der Deckelung der  
261 Umlage für Mieter\*innen, wie derzeit im Mietendeckel verwirklicht, und der Bereitstellung  
262 von Landesfördermitteln auch die Einführung des Stufenmodells, das Immobilienbesitzende in  
263 die Pflicht nimmt. Für Mieter\*innen soll die Warmmiete durch sinkende Energiekosten neutral  
264 bleiben. Die höhere Kaltmiete sollte sich durch niedrigere Energiekosten wieder ausgleichen.  
265 Dazu bedarf es jedoch einer Änderung der energetischen Modernisierungsumlage auf Bundesebene  
266 und einer stärkeren Förderung energetischer Modernisierungsmaßnahmen hier in Berlin. Neben  
267 der energetischen Modernisierung werden wir weitere Maßnahmen ergreifen, um den  
268 Wärmeverbrauch zu reduzieren. Mit dem Bauinformationszentrum wollen wir einen  
269 niedrigschwelligen Anlaufpunkt für Mieter\*innen und Immobilienbesitzende schaffen, die sich  
270 hier informieren und vernetzen können. Die Beratung soll dabei alle gesellschaftlichen  
271 Gruppen ansprechen und Angebote – beispielsweise auch für Frauen oder Menschen mit  
272 Sprachbarrieren – entwickeln. Zusätzlich wollen wir Wohngemeinschaftsprojekte fördern, uns  
273 auf Bundesebene für ein Recht auf Wohnungstausch einsetzen und Menschen unterstützen, die  
274 ihre Wohnung tauschen wollen.

275 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe machen – das Berliner Klima-Budget

276 Wir werden die Senatsarbeit so umgestalten, dass konkrete Ziele und Aufgaben  
277 handlungsleitend sind und nicht der alleinige Ressortzuschnitt. Es ist entscheidend, dass  
278 sich alle mit voller Kraft beispielsweise dem Ziel des Klimaschutzes verpflichtet fühlen und  
279 ihr Handeln an der Erfüllung dieses Zieles messen lassen. Für die Berliner Verwaltungen muss  
280 Klimaschutz zur Querschnittsaufgabe werden. Das braucht es klare Strukturen,  
281 Verantwortlichkeiten und mehr zuständiges Personal auf Landes- und Bezirksebene. Darüber  
282 hinaus brauchen wir eine integrierte Infrastrukturplanung, die Strom, Wärme und Mobilität,  
283 aber auch Klimaanpassung und Wassermanagement gemeinsam denkt und vorantreibt. Wir wollen,  
284 dass jeder Bereich feste Vorgaben für seine jährlichen Treibhausgas-Einsparungen erhält, und

285 damit politische Entscheidungen stärker an die Klimaziele knüpfen. Werden die jeweiligen  
286 Ziele verfehlt, muss nachgesteuert und die vorgegebene CO<sub>2</sub>-Reduktion durch andere Maßnahmen  
287 umgesetzt werden. Damit wird auch offengelegt, welche öffentlichen Ausgaben besonders  
288 klimaschädlich sind. Die entsprechenden Mittel müssen dann umgewidmet werden.

289 Darüber hinaus wollen wir alle neuen Gesetze und Maßnahmen unter einen Klimavorbehalt  
290 stellen. Das Klima-Budget ermöglicht einen zeitnahen und für alle transparenten Überblick  
291 über den aktuellen Stand der Berliner CO<sub>2</sub>-Emissionen. Mithilfe dieser Daten ist stets  
292 transparent, ob der vereinbarte Einsparpfad eingehalten wird und welchen Anteil die  
293 verschiedenen Sektoren daran haben. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die  
294 Klimakrise auch als Notsituation im Sinne der Gesetze zur Landesschuldenbremse eingestuft  
295 wird und somit Investitionen zur CO<sub>2</sub>-Vermeidung vorgenommen werden können. Den Berliner  
296 Klimaschutzrat wollen wir stärken und prüfen, inwieweit ein wissenschaftliches Sekretariat  
297 dazu beitragen kann. Es soll ihm das Recht eingeräumt werden, rechtzeitig eine Überarbeitung  
298 von klimaschädlichen Entscheidungen einzufordern und zu überprüfen, ob Fachverwaltungen und  
299 Bezirke ihre Klimaschutz-Vorgaben einhalten. Darüber hinaus wollen wir die Zivilgesellschaft  
300 noch stärker in klimapolitische Entscheidungen des Landes einbeziehen und dafür  
301 schnellstmöglich einen Klimabürger\*innen-Rat einberufen, der Berlins Diversität Rechnung  
302 trägt und paritätisch besetzt ist. Hier soll ausgehandelt werden, wie Berlin das Pariser  
303 Klimaschutzabkommen einhalten und auf den 1,5-Grad-Pfad gelangen soll. Das Berliner Energie-  
304 und Klimaprogramm (BEK) werden wir weiterentwickeln und setzen dabei auch auf verbindliche  
305 Maßnahmen. Wir sorgen dafür, dass die zur Verfügung gestellten Mittel noch besser genutzt  
306 werden können.

#### 307 Klimaschutz in den Bezirken

308 Die Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) der Bezirke wollen wir um Klimaschutzkriterien  
309 erweitern, damit Bezirke für klimafreundliches und ressourcenschonendes Handeln nicht mehr  
310 finanziell bestraft, sondern belohnt werden. In allen Bezirken sollen schnellstmöglich  
311 Klimaschutzmanager\*innen zum Einsatz kommen, die das Klima-Budget im jeweiligen Bezirk  
312 kontrollieren und in allen Ämtern etablieren sowie Hand in Hand mit den  
313 Beteiligungsreferaten arbeiten. Dabei muss sowohl technisches Know-how wie auch Fähigkeit  
314 und Befugnis zur Klima-Governance vorhanden sein. Damit die Bezirke stärker als bisher die  
315 Mittel aus dem BEK in Anspruch nehmen, müssen sie über ausreichend personelle Ressourcen für  
316 die Antragstellung verfügen. Darüber hinaus wollen wir die bezirklichen Bildungs-,  
317 Beratungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten im Bereich Klimaschutz und nachhaltige Techniken  
318 des Wassermanagements, der Begrünung und der Grünpflege deutlich ausweiten. In  
319 Zusammenarbeit mit der IHK, der Handwerkskammer sowie den betroffenen Innungen wollen wir  
320 Vorgehensweisen entwickeln, um Möglichkeiten, Angebote und Förderprogramme zur Ausbildung in  
321 allen für die Energiewende relevanten Berufen zu erarbeiten. Besonderes Augenmerk soll dabei  
322 auf Frauen und junge Geflüchtete gelegt werden.

#### 323 1.2 Berlin summt und brummt: Stadtgrün und Artenvielfalt schützen

324 In keiner anderen Metropole leben so viele Nachtigallen wie in Berlin. Damit das so bleibt,  
325 müssen wir Berlins Stadtnatur schützen. Die Klimakrise ist in vollem Gange und hat schon  
326 sichtbare Spuren hinterlassen. Neun von zehn Bäumen in Berlin zeigen Schäden, die auf die  
327 langen Dürreperioden der letzten Jahre zurückzuführen sind, und nur 7 Prozent der Waldbäume  
328 waren nach dem letzten Zustandsbericht noch gesund. Gleichzeitig finden sich immer mehr  
329 Tiere und selbst ehemalige „Allerweltsarten“ auf der Roten Liste. Berlins Stadtgrün ist  
330 wertvoll, denn es ist nicht nur ein Ort der Erholung, sondern auch der Artenvielfalt,  
331 Frischluftversorgung, Klimakühlung und CO<sub>2</sub>-Speicher. Ohne das Grün werden Mensch und Natur  
332 in der Stadt enorm unter der Verdichtung, dem Lärm, dem Stress und den Folgen der Klimakrise

333 leiden. Eine intakte Natur ist kein Luxus, sondern gehört für uns zur Grundversorgung und  
334 ist essenzieller Teil der Daseinsvorsorge. Denn neben dem Erreichen der Pariser Klimaziele  
335 wird die Klimaanpassung für unsere Stadt eine der größten Herausforderungen in den kommenden  
336 Jahren sein.

### 337 Stadtgrün erhalten und Bäume pflanzen

338 Wir haben in den letzten Jahren massiv in die Pflege der Berliner Grünanlagen, der  
339 Straßenbäume und Wälder investiert und viel für ihren Schutz getan. Durch uns wurde die  
340 größte Grünbauoffensive seit langem angestoßen. In einem Dreiklang aus Flächensicherung,  
341 Stärkung des Stadtgrüns und strategischem Ankauf wollen wir unsere Stadt ergrünen lassen. Um  
342 dem Klimawandel die Stirn bieten zu können, müssen wir diesen Einsatz verstetigen und weiter  
343 ausbauen. Wir wollen die Bewässerung und das Pflanzen von Straßenbäumen verbessern. Dazu  
344 müssen Straßen und Grünflächenämter besser ausgestattet und die dafür notwendige  
345 Infrastruktur ausgebaut werden. Und wir wollen das Engagement der Berliner\*innen fördern,  
346 auch selber vor der Haustür ihr Stadtgrün zu pflegen. Dazu wollen wir alle Schwengelpumpen  
347 wieder in einen funktionsfähigen Zustand versetzen und den Menschen einen erleichterten  
348 Zugang zu Informationen geben, die sie dafür brauchen. Unser Ziel ist es, die durch  
349 Bauprojekte, Klimaschäden oder Alterung verloren gegangenen Bäume zeitnah durch neue Bäume  
350 zu ersetzen und gleichzeitig durch Pflanzungen den Baumbestand in Berlin deutlich zu  
351 erhöhen. Bäume, die gefällt werden mussten, werden durch vier junge Bäume ersetzt oder durch  
352 vergleichbare Maßnahmen kompensiert. Die laufende Stadtbaumkampagne des Senats wollen wir  
353 über das Jahr 2021 hinaus fortführen, um das Spenden für Straßenbaumpflanzungen zu  
354 ermöglichen. Dabei wollen wir vermehrt Baumarten anpflanzen, die an die klimatischen  
355 Veränderungen des 21. Jahrhunderts möglichst gut angepasst sind. Der Erhalt von  
356 Bestandsbäumen hat für uns Vorrang. Deshalb wollen wir die Bedingungen für die bestehenden  
357 Straßenbäume mit entsprechenden Maßnahmen verbessern. Zusätzlich wollen wir in den Bezirken  
358 Obstbäume neu pflanzen, die Schatten spenden, und Berlin mehr und mehr in eine „essbare  
359 Stadt“ verwandeln. Damit nicht nur Bäume auf öffentlichen Flächen besser geschützt werden,  
360 wollen wir zudem die Baumschutzverordnung aktualisieren, die Liste der zu schützenden  
361 Baumarten ausweiten und dafür sorgen, dass Verstößen nachgegangen wird. Damit das Grün in  
362 Berlin weiterwächst und Berlin grün wird, müssen die Maßnahmen der Charta Stadtgrün in einem  
363 Handlungsprogramm konkretisiert, finanziert und abgesichert werden. Dabei soll ein  
364 besonderes Augenmerk auf die konkrete Grünversorgung in den Kiezen gelegt werden und dabei  
365 auch auf Kennzahlen zurückgegriffen werden.

366 Auch Kleingärten sind in der wachsenden Stadt unverzichtbar, sie kühlen die Stadt, erhalten  
367 den Artenreichtum und sollten für viele Großstädter\*innen auch Naherholungsgebiete sein. Wir  
368 wollen sie daher erhalten und schützen. Mit dem Kleingartenentwicklungsplan 2030 als  
369 behördenverbindlichem Planungsinstrument haben wir dafür eine wichtige Grundlage gelegt.  
370 Aber wir wollen mehr und deshalb darüber hinaus eine langfristige Strategie zur Sicherung  
371 der Kleingärten und eine bessere rechtliche Absicherung. Bebauungspläne und der  
372 Flächennutzungsplan bieten schon heute die Möglichkeit, den betroffenen Anlagen Sicherheit  
373 und Verlässlichkeit zu geben. Kleingärten sollen nur im Ausnahmefall, etwa für die soziale  
374 Infrastruktur oder eine verkehrliche Erschließung, weichen müssen. Damit alle Berliner\*innen  
375 von ihnen profitieren können, sollen sich die Kleingartenanlagen noch mehr als bisher für  
376 die Stadtgesellschaft öffnen und neue Formen gemeinschaftlichen Gärtnerns aktiv  
377 unterstützen. Durch eine Parzellenteilung von großen Gärten bei Pächterwechsel sollen noch  
378 mehr Menschen in den Genuss von Kleingärten kommen. Programme für ökologische Gartenarbeit  
379 oder zum Anbau von alten und seltenen Obst- und Gemüsesorten werden wir ausbauen und  
380 intensivieren. Auch eine wildnisfreundliche und naturnahe Gartengestaltung unterstützen wir.

381 Berlin: bestäuberfreundlich und artenreich

382 Seltene Pflanzen- und Tierarten brauchen die Möglichkeit des „Wanderns“, um ihren Genpool zu  
383 stärken und die biologische Vielfalt in unseren Biotopen zu erhöhen. Hier müssen endlich  
384 genügend Möglichkeiten – wie Fischwandertreppen an Schleusen, Renaturierung der Bäche und  
385 Flüsse, Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten an den Kanälen und sichere Querungsmöglichkeiten an  
386 Autobahnen, Straßen und Brückenneubauten – in wesentlich größerem Umfang als bisher  
387 geschaffen werden. Dazu müssen auch die Biotopverbindungen vom Umland in die Innenstadt und  
388 das innerstädtische Biotopnetz zwingend erhalten und neu geschaffen werden. Ziel ist ein  
389 qualitativ hochwertiger Biotopverbund. Auf Grünflächen und in begrünten Zwischenbereichen  
390 des Straßenlands wollen wir insektenfreundliche Wildblumenwiesen einrichten, um Lebensräume  
391 für Wildbienen zu schaffen.

392 Wir wollen das von uns zur Förderung der Imkerschaft Erreichte verstetigen und ausbauen. Die  
393 schon geschaffene Bienenkoordinierungsstelle an der FU bildet Imker\*innen weiter, die  
394 Vernetzung der Imkerschaft in Berlin wollen wir unterstützen. Wissenschaftliche Studien zur  
395 ökologischen Bienenhaltung werden besser finanziert. Die Kooperation zwischen den  
396 Imker\*innen und bezirklichen Veterinärämtern wollen wir verbessern.

397 Weniger Beton, mehr Grün – denn Grünflächenschutz ist Gesundheits- und Klimaschutz

398 Die letzten drei Sommer in Berlin waren überdurchschnittlich heiß. Vor dem Hintergrund der  
399 fortschreitenden Klimakrise ist davon auszugehen, dass dieser Trend langfristig anhält.  
400 Extreme Hitze ist gesundheitsschädigend, besonders kleine Kinder, alte Menschen und Menschen  
401 mit Vorerkrankungen leiden unter der Hitze. Neben den Klimaschutzmaßnahmen müssen wir  
402 deswegen auch Klimaanpassungen vornehmen. Dafür erarbeiten wir konkrete Ziele zur Anpassung  
403 an die Folgen des Klimawandels mit klaren Zeitvorgaben. Berlin muss sich besser auf  
404 Hitzewellen und Starkregenereignisse vorbereiten, das gelingt mit klugen Investitionen in  
405 die Stadtinfrastruktur und einer grundsätzlichen Prüfung der Klimaresilienz aller  
406 Infrastrukturmaßnahmen.

407 Wasser kühlt die Umgebungstemperatur ab und beugt Hitzeinseln vor. Deswegen wollen wir  
408 Berlin zur Schwammstadt umbauen. Wir wollen das Regenwasser speichern und nutzen, statt es  
409 zu sammeln und in Kanäle abzuleiten. Das kühlt die Stadt und hält die Gewässer sauber. Mit  
410 der Gründung einer Regenwasseragentur und dem „1.000 Grüne Dächer“-Programm haben wir diesen  
411 Weg bereits eingeschlagen. Dadurch können Starkregenereignisse abgepuffert und das Wasser  
412 für Dürrezeiten kann effizienter gespeichert werden. Auch die Begrünung von Balkonen,  
413 Hauswänden und Fassaden ist entscheidend, um so CO<sub>2</sub> zu binden, die Luft zu reinigen, die  
414 Biodiversität zu vergrößern und die Stadt zu kühlen. Auch in diesem Bereich werden wir  
415 Programme und Projekte unterstützen und die Förderung verbessern. Ein Hauptproblem bleibt  
416 aber die Versiegelung von Flächen durch Beton und Asphalt. Dort kann kein Wasser versickern  
417 und es entstehen im Sommer schnell Hitzeinseln, die die Stadt aufheizen. Wir werden gezielt  
418 Flächen wie Straßen, Parkplätze oder Schulhöfe identifizieren, um sie von Beton und Asphalt  
419 zu befreien und für einen besseren Regenrückhalt zu sorgen. Grundlage dafür sind offenere,  
420 unversiegelte Böden. Dazu werden wir ein landesweites Entsiegelungsprogramm auflegen und  
421 eine jährliche Zielmarke festlegen. Wir streben eine Nettonull für die Flächenversiegelung  
422 im Jahr 2030 an. Dies kann auch dadurch erfolgen, dass der Berliner Leitfaden zur Bewertung  
423 und Bilanzierung von Eingriffen die Ver- und Entsiegelungen so bewertet, dass sich ein  
424 deutlich erhöhter Anreiz zur Vermeidung von Versiegelung und für Entsiegelungsmaßnahmen  
425 ergibt. Außerdem soll die im Berliner Bodenschutzgesetz geforderte Bodenschutzkonzeption  
426 weitere Maßnahmen zur Vermeidung von Bodenversiegelungen entwickeln. Wir wollen vor allem  
427 dort entsiegeln, wo Grün- und Freiflächen fehlen, um die Umweltgerechtigkeit zu steigern.  
428 Mit mehr und anspruchsvoll bepflanzten Versickerungsflächen wollen wir auch die  
429 Lebensqualität durch Verdunstung und Kühlung der Stadt erreichen, auch neue Pocket-Parks  
430 sollen dazu beitragen. Zudem wollen wir an geeigneten Stellen sogenannte Regengärten anlegen

431 und so auch zur Kühlung der Stadt beitragen. Um dem weiterhin rasant steigenden Flächenfraß  
432 etwas entgegenzusetzen, wollen wir Dachaufbauten stärken. Nach dem Vorbild Wiens wollen wir  
433 in Berlin mehrere „Kühle Meilen“ etablieren. Mit mehr Bäumen, Rank- und Kletterpflanzen,  
434 Räumen für geschützte Wildtierarten, mit Trinkwasserbrunnen, Wasserspielen,  
435 Erfrischungsmöglichkeiten und ausreichend Sitzgelegenheiten für Jung und Alt sowie  
436 entsiegelten und wiederbepflanzten Bereichen, zum Beispiel Regenbeeten und  
437 Versickerungstreifen, die Regenwasserrückhalt im Boden ermöglichen. Mit Anwohnerbeteiligung  
438 schaffen wir in den Kiezen kühle, ruhige Oasen, die auch der Gesundheit und dem Hitzeschutz  
439 dienen. Unser Ziel ist es, in der nächsten Wahlperiode in klimatisch belasteten Gebieten 20  
440 Klimastraßen und „Kühle Meilen“ einzurichten.

441 Neue Stadtplätze, Parkplätze sowie neue Straßen sollen mit versickerungsfähigem Belag  
442 versehen werden. Soweit möglich soll Beton als Baustoff und der Bau neuer Straßen vermieden  
443 werden. Immer mehr Berliner\*innen wollen aktiv das Grün in ihrem Wohnumfeld schützen und  
444 weiterentwickeln. Diese Initiativen wollen wir unterstützen und für sie  
445 Beratungsmöglichkeiten schaffen. Gemeinschaftsgärten und Urban-Gardening-Initiativen wollen  
446 wir zudem durch das Land Berlin Flächen zur Verfügung stellen, um den Stadtraum zu begrünen.  
447 Damit sich flächendeckend in allen Stadtteilen Gemeinschaftsgärten etablieren und neue  
448 Urban-Gardening-Initiativen entstehen können, wollen wir den Ankauf neuer Flächen finanziell  
449 unterstützen. Außerdem wollen wir Hofbegrünungsinitiativen weiterhin durch ein eigenes  
450 Programm finanziell unterstützen. Das Ökokonto soll weiter ausgebaut werden, so dass  
451 Grünflächen und Biotop vom Land zusammenhängend entwickelt werden können und die Flächen  
452 für Kompensationsmaßnahmen bei Bauprojekten zur Verfügung stehen. Dabei gilt immer, dass  
453 jede versiegelte Fläche konsequent und ortsnahe durch eine entsiegelte Fläche ausgeglichen  
454 werden muss. Ausgleichszahlungen dürfen keine Regel, sondern Ausnahmen sein. Wir wollen  
455 einen Berliner Naturcent einführen, der sich aus dem Grundsteueraufkommen speist und in die  
456 Pflege von Parks und Naturschutzgebieten fließen soll.

457 Dank uns Grünen ist Berlin bereits Teil des Blue-Community-Netzwerkes geworden, wir haben  
458 über 100 neue Trinkwasserbrunnen aufgestellt, und öffentliche Orte wie Schulen oder  
459 Rathäuser bekommen Wasserspender. Das wollen wir weiter ausbauen, gerade für Hitze-  
460 Risikogruppen wie Kinder, ältere Menschen und Menschen, die auf der Straße leben, wollen wir  
461 einfache und kostenlose Zugänge zu Trinkwasser schaffen. Langfristig wollen wir  
462 Trinkwasserbrunnen auch an allen Spielplätzen, Bahnhöfen und Parks aufstellen und darüber  
463 hinaus Restaurants ermutigen, zu Auffüll-Stationen zu werden. Der Klimawandel und eine  
464 wachsende Bevölkerung werden gravierende Auswirkungen auf die Wasserversorgung Berlins  
465 haben. Daher ist es wichtig, heute zu handeln. Mit dem „Masterplan Wasser“ haben wir eine  
466 wichtige Grundlage gelegt. Der Masterplan muss immer wieder aktualisiert und fortgeschrieben  
467 werden. Um die Wasserversorgung auch künftig sicherzustellen, sind wir auf eine enge und  
468 kontinuierliche Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern und insbesondere Brandenburg  
469 angewiesen. Wir sprechen uns für die Wiedereröffnung der Wasserwerke Jungfernheide und  
470 Johannisthal aus und dafür, dass die Wasserwerke in eine moderne Wasseraufbereitung  
471 investieren und insbesondere eine umfassende Spurenstoffstrategie verfolgen. Die wachsende  
472 Stadt muss auf einen umfassenden Schutz des Grundwassers für die Trinkwasserförderung und  
473 den Schutz unserer Oberflächengewässer Rücksicht nehmen. Regenwasser soll, wo immer möglich,  
474 zunehmend zur Bewässerung genutzt werden, gerade in heißen Sommern. Zunehmender  
475 Wasserverbrauch gefährdet die verbliebenen artenreichen Feuchtgebiete und den Wald in  
476 Berlin. Diesen Zielkonflikt wollen wir klug ausbalancieren und Möglichkeiten nutzen, die  
477 Trinkwassergewinnung in sensiblen Naturräumen einzuschränken.

478 20 Prozent Berlins werden zum Landschaftsschutzgebiet

479 Doch nicht nur in den Kiezen soll es grüner werden. Wir brauchen auch große Freiflächen, in  
480 denen sich Flora und Fauna ungestört entwickeln können und wir Menschen uns erholen.  
481 Momentan sind fast alle größeren Erholungslandschaften als Landschaftsschutzgebiet  
482 gesichert, das sind über 14 Prozent der Landesfläche. Wir wollen weitere Naturgebiete  
483 schützen, indem wir sie zu Landschaftsschutzgebieten aufwerten. Damit soll der Anteil auf 20  
484 Prozent der Landesfläche steigen. So sollen zum Beispiel Felder der Elisabeth-Aue als Teil  
485 einer übergeordneten Natur-, Kultur- und Erholungslandschaft in das umgebende  
486 Landschaftsschutzgebiet integriert werden. Zudem sollen mindestens 4 Prozent der  
487 Landesfläche zukünftig völlig unter Naturschutz stehen. Gemeinsam mit Brandenburg und  
488 Berlins Nachbargemeinden werden wir die acht Regionalparks und mit ihnen die Grünräume aus  
489 Wäldern, Feldern und Gewässern stärken und entwickeln. Das existierende „Kommunale  
490 Nachbarschaftsforum“ aus den Berliner Bezirken und 55 Nachbargemeinden wollen wir aufwerten.  
491 Den begonnenen Umbau bei den Berliner Stadtgütern in Brandenburg hin zu mehr biologischer  
492 Landwirtschaft wollen wir beschleunigen. Die dort betriebene Landwirtschaft soll mit der  
493 Regionalvermarktung in Berlin und mit Aktivitäten einer stadtnahen Umweltbildung verbunden  
494 werden. Berlins Wälder innerhalb wie außerhalb des Stadtgebiets haben große Bedeutung für  
495 unser Stadtklima, die Trinkwasserversorgung, die Naherholung und als CO<sub>2</sub>-Senke. Doch sie  
496 sind in der Klimakrise hochgradig gefährdet. Wir wollen daher ihre Umgestaltung zu einem  
497 naturnahen und klimaangepassten Mischwald beschleunigen. Für eine Naturverjüngung mit  
498 gemischten Baumarten muss der Bestand an Schalenwild in Berlins Wäldern, soweit  
499 unvermeidbar, reguliert werden. Gleichzeitig müssen die Berliner Moore, ein wichtiger CO<sub>2</sub>-  
500 Speicher und Lebensraum für hoch gefährdete Pflanzen- und Tierarten, dringend vor dem  
501 Austrocknen bewahrt und wo immer möglich durch ein ambitioniertes Moorschutzprogramm wieder  
502 renaturiert werden. Auch unsere Seen wollen wir schützen. Damit das Grün in unserer Stadt  
503 stetig weiterwächst, wollen wir die bestehenden Aufkauffonds ausweiten und Flächen ankaufen,  
504 die ausschließlich für Flora und Fauna reserviert bleiben. Das von uns in der aktuellen R2G-  
505 Koalition durchgesetzte Projekt „Einstellung von Naturranger\*innen und Parkmanager\*innen“  
506 wollen wir verstetigen. Außerdem stehen wir weiter zum Erhalt des Tempelhofer Feldes in  
507 seiner jetzigen Form als einer der größten und wichtigsten Grünflächen Berlins und lehnen  
508 eine Randbebauung ab. Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist überfällig. Mit  
509 zusätzlichen finanziellen und personellen Ressourcen wollen wir einen guten ökologischen  
510 Zustand unserer Gewässer unter Beteiligung der Zivilgesellschaft wieder herstellen. Dazu  
511 prüfen wir die Einführung eines Wasserentnahmeentgelts, das die Kraftwerke für die Nutzung  
512 des Flusswassers zu Kühlzwecken zahlen. Für alle Gewässer werden zügig Konzepte zu ihrer  
513 naturnäheren Umgestaltung erstellt. Ein zentrales Vorhaben ist dabei der zweite Bauabschnitt  
514 der Renaturierung der Wuhle, so dass diese weiterhin ganzjährig Wasser führt und der  
515 Artenreichtum erhalten bleibt. Wir wollen auch den Nutzungsdruck auf Berliner Gewässer  
516 reduzieren und besser regeln. Unser Ziel ist, möglichst viele Wasserflächen für die  
517 Naherholung zugänglich zu machen.

518 Die Friedhofsflächen sind sowohl als Orte des Trauerns als auch des Gedenkens und für die  
519 Stadtnatur wertvolle Räume, die wir weiterhin schützen werden. Wir wollen Baumbestattungen  
520 erleichtern und Möglichkeiten zu Baumpflanzungen im Zusammenhang mit Beisetzungen schaffen.

#### 521 Eine Stadt ohne Müll

522 Den Berliner Müllbergen sagen wir den Kampf an. Berlin hat sich politisch dazu verpflichtet,  
523 zu einer Zero-Waste-Stadt zu werden. Mit dem Abfallwirtschaftskonzept und der Zero-Waste-  
524 Strategie sind wir erste wichtige Schritte gegangen, weitere müssen folgen. Den Bezirken  
525 wollen wir deshalb bei der Pflege und Reinigung von Grünflächen und Spielplätzen noch  
526 stärker finanziell unter die Arme greifen. Wir wollen den Reinigungstakt in den besonders  
527 betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die Anwohnenden zu erhöhen. Gerade  
528 Straßen mit hohem touristischen Aufkommen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert

529 für die ganze Stadt – es ist eine Frage der Gerechtigkeit, die Anwohnenden nicht mit den  
530 Mehrkosten alleinzulassen.

531 Wir wollen das Problem an der Wurzel packen und Abfall vermeiden. Daher wollen wir eine  
532 Konferenz zum Thema zukunfts- und kreislaufwirtschaftsfähige Produktdesigns veranstalten und  
533 mit einem Wettbewerb für innovative Produkte der Kreislaufwirtschaft dem Thema mehr  
534 öffentliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Insbesondere wollen wir gegen den  
535 Verpackungswahnsinn ankämpfen und den Verkauf von unverpackten Produkten unterstützen, auch  
536 in herkömmlichen Supermärkten. Mit der Eröffnung der ersten Berliner  
537 Gebrauchtwarenkaufhäuser haben wir wichtige Impulse gesetzt, die wir verstetigen wollen. Was  
538 am Ende doch weggeschmissen wird, muss wesentlich besser recycelt werden. Besonders die  
539 Rohstoffe aus Sperrmüll sollten besser wiederverwendet werden, anstatt sie mit dem Restmüll  
540 zu verfeuern. Um dem illegalen Abstellen von Müll auf der Straße entgegenzuwirken, wollen  
541 wir die Sperrmüllsammlung dezentraler und wohnortnäher gestalten. Kaputte Haushaltsgeräte  
542 sollen nicht gleich auf dem Müll landen, sondern in Repair-Cafés oder von professionellen  
543 Reparaturbetrieben günstig repariert werden können. Das ist nachhaltig und spart Geld. Das  
544 fördert eine längere Nutzungsdauer und spart Abfall. Einen wichtigen Schritt dorthin haben  
545 wir bereits unternommen: Wir haben mit der Handwerkskammer ein Netzwerk an zertifizierten  
546 Reparaturbetrieben gegründet. Auch die Bioabfallsammlung wollen wir weiter ausbauen, um  
547 organische Abfälle optimal, etwa für die Erzeugung von Biogas, verwerten zu können. Um Müll  
548 einzusparen, wollen wir in Kantinen und im Gastronomiebereich noch stärker Pfandbehälter-  
549 Systeme fördern, sowohl bei der Mitnahme von Speisen als auch bei der Anlieferung von  
550 Zutaten. Die Eigenkompostierung in öffentlichen Kantinen, im Gastronomiebereich und in  
551 privaten Haushalten möchten wir fördern. Einen weiteren Ausbau der Berliner  
552 Müllverbrennungskapazitäten lehnen wir ab und setzen auf das Prinzip „Zero Waste“. Die  
553 immissionsschutzrechtlich genehmigte Obergrenze von 580.000 Jahrestonnen Input zur  
554 Verbrennung des Berliner Restmülls im MHKW Ruhleben darf nicht überschritten werden.

#### 555 Bildung für nachhaltige Entwicklung

556 Damit in der Bevölkerung das Verständnis für die Folgen des Klimawandels wächst und Menschen  
557 erfahren können, wie sie zur Klimawende beitragen können, wollen wir die Bildungsarbeit im  
558 Bereich der nachhaltigen Entwicklung weiter stärken und ausbauen. In den vergangenen vier  
559 Jahren haben wir die Umwelt- und Naturbildung auf eine neue Grundlage gestellt. Mit einer  
560 Stelle für das Bildungszentrum für nachhaltige Entwicklung (BNE) bei der Senatsverwaltung  
561 für Bildung haben wir einen ersten Erfolg erzielt. Dies wollen wir ausweiten und eine  
562 Koordinierungsstelle für das BNE in Berlin schaffen. Diese wird, wie in Hamburg, auf der  
563 Ebene der Senatskanzlei angesiedelt. Wir haben es geschafft, in jedem Bezirk ein  
564 Umweltbildungszentrum zu errichten und zu finanzieren, die Bezahlung von Pädagog\*innen  
565 verbessert und die Bildungsmaßnahmen ausgeweitet. Daran wollen wir anknüpfen und die  
566 begonnenen Projekte weiter verstetigen sowie die Zusammenarbeit mit wichtigen Institutionen  
567 wie dem Naturkundemuseum, Botanischen Garten oder auch dem Ökowerk fördern. Darüber hinaus  
568 ist es entscheidend, dass zivilgesellschaftliche Akteur\*innen auch vor Ort direkt in den  
569 Bezirken Anlaufstellen, Räumlichkeiten und gebündelte Projektunterstützung erhalten, so dass  
570 Aktive vor Ort mehr unterstützt werden. Dies könnte beispielsweise in einem Klimahaus  
571 geschehen.

572 Die Hochschulen, Schulen und Kitas müssen dazu mehr Unterstützung erfahren. Die von uns  
573 Grünen in der Koalition durchgesetzte deutliche Erhöhung der finanziellen Förderung der  
574 zivilgesellschaftlichen Einrichtungen der Umwelt- und Naturbildung muss verstetigt und  
575 ausgebaut werden.

#### 576 1.3 Kiez & Co. – lebenswerte und ökologische Stadtquartiere

577 Damit das, was zusammengehört, gemeinsam wachsen kann, brauchen wir eine soziale und  
578 ökologische Stadtentwicklung. Das funktioniert am besten, wenn Politik, Verwaltung und  
579 Zivilgesellschaft an einem Strang ziehen. Wir wollen die Stadt und ihre Kieze weiter  
580 zusammen mit den Berliner\*innen gestalten und den Austausch von Ideen für eine  
581 gemeinwohlorientierte, lebenswerte Stadt für alle systematisch fördern, etwa durch  
582 integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte (ISEK), eine regelmäßige  
583 Bezirksentwicklungsplanung, städtebauliche und architektonische Wettbewerbe, die  
584 partizipative Umsetzung von Projekten im Kiez und Stadtdebatten für besondere Orte.  
585 Beispiele sind der weitere Umbau des öffentlichen Raums, die Einrichtung von Begegnungszonen  
586 oder der Aufbau von Quartiersmittelpunkten. Plätze und Grünanlagen müssen so gestaltet sein,  
587 dass sie verschiedene Nutzungsgruppen ansprechen und das Miteinander fördern. Unser Ziel ist  
588 es, entsiegelte Freiflächen zu erhalten. Dafür setzen wir auf integrierte Konzepte zur  
589 Nachverdichtung der Gesamtstadt und ihrer Kieze und den Bau von flächensparenden  
590 Geschosswohnungen statt auf neue Einfamilienhaussiedlungen. Wenn die Stadt wächst, muss auch  
591 das Grün mitwachsen. Deshalb wollen wir Dächer und Fassaden begrünen, beim Bau neuer  
592 Stadtquartiere möglichst wenig Boden versiegeln und ausreichend Grünflächen ausweisen.

593 Unsere Wohnquartiere der Zukunft, neu geplante und schon bestehende, bieten Platz für  
594 Wohnen, Pflege, Nachbarschaft, Arbeiten, Bildung, Gewerbe, Freizeit, Kultur und Naherholung.  
595 Die Wege zu Bildungs- und Kultureinrichtungen, zur Naherholung und für die Versorgung sind  
596 kurz und die Anbindung ist so gut, dass niemand ein Auto braucht. Das erhöht nicht nur die  
597 Lebensqualität, sondern ist auch gut fürs Klima. Mit einer Internationalen Bauausstellung  
598 (IBA) wollen wir dieser Vision Schwung verleihen und eine soziale und ökologische  
599 Stadtentwicklung weiter voranbringen.

#### 600 Stadtquartiere der Zukunft

601 Stadtentwicklung geht über die einzelnen Häuser, Grundstücke und fachlichen Belange hinaus:  
602 Wir wollen die Stadtquartiere der Zukunft schaffen, aus denen Berlin und seine Bezirke  
603 erwachsen. Wir werden die Bezirke personell und finanziell dabei unterstützen, integrierte  
604 städtebauliche Entwicklungskonzepte für Stadtumbau, Sicherung und Erweiterung des  
605 Baubestandes, Infrastrukturbedarfe und -standorte, Klimaschutzmaßnahmen, Grün- und  
606 Straßenumbau zu entwickeln. Dies wird mit Bürger\*innenbeteiligung, wirklicher Partizipation  
607 bei Planung und Umsetzung und diversitätssensiblen Mitwirkungsstrategien verbunden. Neue  
608 Quartiere müssen von Anfang an gemeinwohlorientiert, autofrei, klimaneutral und  
609 ressourcenschonend geplant werden. Alle für den Alltag wichtigen Einrichtungen wie  
610 Bäckereien und Arztpraxen sollen in höchstens 15 Minuten zu Fuß erreichbar sein. Grünflächen  
611 wollen wir biodivers planen und wie auf dem ehemaligen Flughafenareal Tegel durch innovative  
612 „Sport- und Bewegungsparks“ für eine bewegte Stadt von morgen nutzen.

613 Der Bau von sozial-ökologischen Modellquartieren darf nicht länger warten und muss Standard  
614 werden. Mit dem Schumacher Quartier ist der Anfang gemacht – viele andere Quartiere müssen  
615 entsprechend folgen. Vorhandene Quartiere entwickeln wir im Rahmen der regelmäßigen  
616 Bezirksentwicklungsplanung weiter, in die auch die soziale Infrastrukturplanung einfließt.  
617 Die notwendigen Abstimmungen zwischen Landes- und Bezirksebene und allen beteiligten  
618 Fachplanungen organisieren wir in einem breiten Diskurs zwischen Bürger\*innen, Verwaltung  
619 und Politik.

#### 620 Eine Internationale Bauausstellung für Berlin-Brandenburg

621 Gemeinsam mit Brandenburg planen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA), um die großen  
622 Themen der Urbanisierung, der städtebaulichen Nachhaltigkeit, der Mobilitäts- und Bauwende,  
623 des Zusammenspiels von Wohnen, Gewerbe, Infrastrukturen, Grün und Erholung beispielhaft und  
624 praktisch umzusetzen. Ziel ist es, die nachhaltige, gemeinwohlorientierte Stadtentwicklung

625 im Land und in den Bezirken wirksam voranzubringen. Zusammen mit den betroffenen Gruppen  
626 wollen wir Lösungen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur erarbeiten – sozial, ökologisch  
627 und bezahlbar. So bringen wir frischen Wind, Kreativität und Innovationsgeist in die  
628 Planungs- und Bauämter und stärken die Zusammenarbeit – für eine zukunftsfähige  
629 Stadtentwicklung in der ganzen Region!

#### 630 Mitbestimmung im Kiez

631 Die Kieze und Quartiere sind der Puls der Stadt. Deshalb wollen wir dort die Mitbestimmung  
632 stärken und den Austausch zwischen Nachbar\*innen fördern. Die Umsetzung der  
633 Bürger\*innenbeteiligungsleitlinien in der räumlichen Stadtentwicklung soll vorangetrieben  
634 und durch beispielhafte und weithin sichtbare Projekte verankert werden. Die Bezirke werden  
635 dabei unterstützt, eigene Beteiligungsleitlinien aufzustellen, um die Beteiligung vor Ort  
636 auszubauen. Den öffentlichen Raum wollen wir zu einem Ort der Begegnung umgestalten. Mit  
637 stadtteilnaher Bürger\*innenbeteiligung unterstützen wir die Vernetzung von Anwohner\*innen  
638 und das demokratische Gemeinwesen. Alle Berliner\*innen sollen stärker ihr Lebensumfeld, sei  
639 es in ihrem Wohnumfeld oder in der Stadt, aktiv mitgestalten können. Unzureichende  
640 Kenntnisse der deutschen Sprache sollten dabei keine Hürde darstellen. Über die Bezirke  
641 sollen hierfür ausreichend finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Initiativen  
642 und Bürger\*innen, die ihren Kiez verändern wollen, wollen wir bei der Umsetzung von Spiel-,  
643 Fahrrad- oder Klimastraßen sowie beim Ausprobieren und Lebendiggestalten von  
644 verkehrsberuhigten Kiezblocks stärker unterstützen, beraten und vernetzen. Dafür brauchen  
645 wir Anlaufstellen vor Ort in den Bezirksämtern. Ob wir diese mit Servicebüros für die  
646 Mobilitätswende oder Einführung von Verkehrswenderäten abdecken können, bedarf genauerer  
647 Überprüfung.

648 In den Bezirken wollen wir die personellen und finanziellen Voraussetzungen schaffen,  
649 regelmäßig Bezirksentwicklungspläne und integrierte städtebauliche Entwicklungskonzepte  
650 (ISEK) aufzustellen und zu aktualisieren. In den östlichen Bezirken ist auch nach 30 Jahren  
651 ein Aufholprozess bei der Aufstellung von Bebauungsplänen notwendig, um beispielsweise  
652 Kulturorte wie die Kulturbrauerei auch baurechtlich zu sichern. Gemeinsam mit  
653 diversitätssensiblen Beteiligungs- und Mitwirkungsstrukturen soll dadurch ein Raum für die  
654 öffentliche Diskussion über Projekte der Stadtentwicklung geschaffen werden, um  
655 beispielsweise Maßnahmen für soziale und grüne Infrastruktur, den Klimaschutz oder die  
656 Verkehrswende erfolgreich begleiten zu können. Bei der Planung von neuen Quartieren soll dem  
657 demografischen und kulturellen Wandel durch neue Wohnformen Rechnung getragen werden und der  
658 Wohnungsbedarf von Gruppen mit besonderen Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt, wie  
659 Alleinerziehenden, Menschen mit Behinderung, BPoC und migrantisierten Menschen,  
660 Studierenden, Geflüchteten, psychisch Kranken, Menschen ohne sichere Deutschkenntnisse,  
661 Älteren, queeren Menschen und großen Familien, bedacht werden. Dabei sollen deutlich größere  
662 Wohnkontingente von sozialen Trägern gehalten und für das „geschützte Marktsegment“  
663 vorgesehen werden. Soziale Träger sollen für Bauvorhaben außerdem leichteren Zugang zu  
664 Bürgschaften der Stadt erhalten.

#### 665 Klimaneutrales und nachhaltiges Planen und Bauen

666 Der Klima- und Ressourcenschutz beginnt beim Planen von Häusern und Wohnquartieren. Wir  
667 setzen uns für ein ökologisches, klimaneutrales und kreislauffähiges Bauen ein. Beim Bau  
668 oder bei der Modernisierung von Häusern müssen deshalb zukünftig ökologische,  
669 energieeffiziente und recyclingfähige Dämm- und Baustoffe wie Hanf, Stroh, Holz, Kalk, Lehm  
670 und Ziegel sowie die Potentiale des Baustoffrecyclings genutzt werden. Mit der  
671 Verwaltungsvorschrift zur umweltfreundlichen Beschaffung haben wir hier für öffentliche  
672 Bauvorhaben wichtige Weichen gestellt und sorgen mit dem Bauinformationszentrum für

673 Information und Vernetzung. Was nun folgen muss, sind eine Digitalisierung der Bauämter,  
674 eine ökologisch reformierte Bauordnung und die grundlegende Modernisierung der Allgemeinen  
675 Anweisung für die Vorbereitung und Durchführung von Bauaufgaben Berlins (ABau). Wir wollen  
676 alle Grundlagen schaffen, um auch das serielle Sanieren auf Basis digitaler Planungsprozesse  
677 zu ermöglichen. In der Bauwirtschaft soll die Kreislaufwirtschaft umgesetzt werden. Das  
678 bedeutet, dass zukünftig nur noch Bauelemente und Baustoffe verbaut werden, die später  
679 wiederverwendet oder recycelt werden können. Ebenso gilt es, erhaltenswerte Bausubstanz  
680 wirksam zu schützen und Bauelemente bei Sanierungen aufzubereiten und wiederzuverwenden. Für  
681 uns ist klar: Baukultur muss einen festen Ort in der Berliner Verwaltung finden. Damit dem  
682 Holzbau, der eine schnelle und ökologische Alternative zum konventionellen Bauen ist, zum  
683 Durchbruch verholfen werden kann, wollen wir ein Holzbau-Förderprogramm und eine Holzbau-  
684 Quote von mindestens 30 Prozent bei Neubauten für landeseigene Betriebe und  
685 Wohnungsunternehmen. Bei Schulen und Verwaltungsgebäuden soll die Holzbau-Quote bei  
686 mindestens 50 Prozent liegen. Das dafür eingesetzte Holz soll ausschließlich aus  
687 zertifiziert nachhaltigem Anbau stammen.

688 Gemeinsam mit Brandenburg, als großem Forstland und Holzproduktionsstandort, wollen wir in  
689 enger Abstimmung mit den Forstverwaltungen ein Holzbau-Cluster aufbauen. Den Einsatz von  
690 Beton und Stahl im Hoch- und Tiefbau wollen wir aufgrund der damit verbundenen  
691 Klimabelastungen auf das Nötigste reduzieren. Soweit auf Beton als Baustoff nicht verzichtet  
692 werden kann, wollen wir eine Mindestquote für Recyclingbeton einführen, um zumindest den  
693 Bedarf an Sand zu verringern.

694 Auch bei der Entsorgung von gesundheitsschädlichen Altlasten im Gebäudebereich wollen wir  
695 weiter vorangehen. Am Ziel, dass Berlin bis 2030 asbestfrei wird, halten wir weiter fest.  
696 Dazu wollen wir die Beratungsangebote für Mieter\*innen und Eigentümer\*innen weiterführen und  
697 ein Register mit typischen Asbestbauteilen und betroffenen Gebäuden aufbauen.

698 Grüner bauen – Tier- und Artenschutz im Städtebau verankern

699 Damit der Berliner Bauboom nicht in Betonwüsten endet, sollen Neubauten zukünftig nur noch  
700 mit Gründächern und Grünfassaden errichtet werden. Gebäude sind wichtige Lebensräume für  
701 Tiere. Wir wollen, dass die Bauordnung dem Rechnung trägt und Gebäudebrüter von Spatz bis  
702 Fledermaus nicht Opfer von Neubau und Sanierung werden. Die öffentlichen Betriebe und  
703 Wohnungsbaugesellschaften sollen ein Vorbild sein und über die minimalen Anforderungen  
704 hinaus für Artenschutz sorgen. Durch einen Katalog ökologischer Kriterien für alle  
705 städtischen Grundstücke und Gebäude wollen wir einen Planungsansatz in die Stadt-,  
706 Landschafts- und Freiraumplanung integrieren, der die Bedürfnisse von stadtbewohnenden  
707 Tieren berücksichtigt (Animal-Aided Design). Die Grünflächen sollen mit Blühwiesen und  
708 strukturreichem Grün wie Hecken und Büschen insekten- und tierfreundlich gestaltet werden,  
709 um Lebensräume und Biotopverbindungen für Tierarten auch in der Stadt zu erhalten. Die  
710 Begutachtung auf Brutplätze bzw. Ruhestätten an Gebäuden müssen qualifiziert und rechtzeitig  
711 stattfinden, wenn möglich bereits ein Jahr vor Baubeginn. Eine ökologische Baubegleitung  
712 soll die Planung und Umsetzung von Maßnahmen unterstützen.

713 Energetische Sanierung des öffentlichen Gebäudebestandes

714 Der öffentliche Gebäudebestand soll durch energetische Modernisierung klimaneutral werden.  
715 Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass dies auch bei privaten Gebäuden der Fall ist.  
716 Um dies umzusetzen, wollen wir, dass alle Berliner Institutionen des Landes Berlin, die  
717 Bezirke und alle landeseigenen Unternehmen Kosten- und Maßnahmenpläne aufstellen, die  
718 darlegen, wie ihr Gebäudebestand bis 2035 so umgebaut werden kann, dass er CO<sub>2</sub>-neutral wird.  
719 Die Berliner Immobilienmanagement GmbH (BIM) und die Bezirke wollen wir mit deutlich mehr  
720 Finanzmitteln für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen zur energetischen Modernisierung

721 ausstatten. In die Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und den landeseigenen  
722 Wohnungsunternehmen sowie in das Wohnraumversorgungsgesetz wollen wir ebenfalls verbindliche  
723 ökologische Kosten- und Maßnahmenpläne mit jährlichen Ziel- und Vergütungsvereinbarungen  
724 aufnehmen. Im Rahmen der Umsetzung setzen wir auf das Konzept des Einspar-Contractings.

725 Neue Konzepte für die Stadtteilzentren – die Zeit der Shopping-Malls ist vorbei!

726 Berlin ist auch Hauptstadt der Shopping-Malls. In keiner anderen Stadt wurde in den  
727 vergangenen Jahrzehnten derart rücksichtslos ein Einkaufstempel nach dem anderen in den  
728 Stadtraum gesetzt. Mittlerweile ist das Geschäftsmodell überholt und steht einer  
729 nachhaltigen Stadtplanung entgegen. Wir lehnen daher den Bau neuer Shopping-Malls ab und  
730 setzen uns dafür ein, dass Einkaufszentren mit wirtschaftlichen Problemen umgenutzt werden.  
731 Der Online-Handel und die Corona-Lockdowns haben den Berliner Stadtteilzentren und  
732 Haupteinkaufsstraßen zusätzlich geschadet. Hier brauchen wir niedrigere Gewerbemieten und  
733 neue Nutzungskonzepte, die mit den Menschen vor Ort erarbeitet und vom Land unterstützt  
734 werden müssen. Dabei kann es um die Logistik der letzten Meile und Abholservice für den  
735 Online-Handel, um Flächen für Gewerbe und Handwerk, Stadtteil- und Kiezzentren, Projekte für  
736 junge Menschen und linke Freiräume, kommerzielle und nichtkommerzielle Angebote ebenso wie  
737 um neues Wohnen oder um zivilgesellschaftliche und kulturwirtschaftliche Konzepte gehen. Die  
738 Diskussion über die Zukunft der Bezirks-, Stadtteil- und Nachbarschaftszentren ist ebenso  
739 überfällig wie über die Einkaufsstraßen der City West und der Berliner Mitte.

740 1.4 Bus, Bahn und Sharing-Modelle – bequem durch die Hauptstadt

741 Wir Grüne haben die Verkehrswende in Berlin eingeleitet. Dabei steht für uns der Umbau  
742 Berlins hin zu einer noch lebenswerteren Stadt im Mittelpunkt und gleichzeitig schützen wir  
743 auch das Klima und die Gesundheit der Berliner\*innen, denn Lärm und Emissionen machen krank.  
744 Nach Jahrzehnten einer Politik, die das Auto ins Zentrum gerückt hat, haben wir die Weichen  
745 für eine zukunftsfähige Verkehrspolitik gestellt, die abgasfrei, sicher und leise ist und  
746 allen Zugang zur Mobilität ermöglicht. Die Grundlage dafür bildet das erste Mobilitätsgesetz  
747 Deutschlands, das in dieser Wahlperiode für Berlin verabschiedet wurde. Außerdem haben wir  
748 mit dem Nahverkehrsplan bis 2035 bis zu 28 Milliarden Euro für Betrieb und Ausbau des  
749 öffentlichen Nahverkehrs zugesagt: ein historischer Aufbruch in eine neue Ära der  
750 Verkehrspolitik in der Hauptstadt.

751 Wir wollen, dass mehr Menschen auf klimafreundliche Mobilität umsteigen. Damit entlasten wir  
752 auch die Berliner\*innen an großen, lauten Straßen, die besonders unter Lärm und Emissionen  
753 leiden. Deshalb brauchen wir insgesamt deutlich weniger motorisierten Individualverkehr. Der  
754 öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist – nach dem Fußverkehr – die am zweithäufigsten  
755 genutzte Fortbewegungsoption der Berliner\*innen. Der ÖPNV ist nicht nur klimafreundlich,  
756 sondern auch eine günstige, schnelle und sichere Möglichkeit, in einer Großstadt wie Berlin  
757 ans Ziel zu gelangen. Wir werden den ÖPNV als Rückgrat des Berliner Verkehrs deshalb weiter  
758 stärken und ihn noch klimafreundlicher, leistungsfähiger und zuverlässiger machen. Bis 2030  
759 soll der gesamte ÖPNV-Fuhrpark emissionsfrei betrieben werden. Mit dem Programm „i2030“  
760 zeigen wir, dass wir über die Landesgrenzen hinausdenken. Erste Strecken werden noch in  
761 dieser Wahlperiode eingeweiht, viele weitere werden folgen. So stärken wir den Pendelverkehr  
762 nach Brandenburg. Ebenso setzen wir uns für den Ausbau der Bahnstrecken nach Dresden,  
763 Stettin und an die Ostsee ein. Wir wollen die Potentiale der Bahnindustrie am Standort  
764 Berlin mobilisieren, um die Mobilitätswende voranzutreiben und den Industriestandort Berlin  
765 zu stärken.

766 Dichte Taktfolge – Bus und Bahn kommen

767 Um mehr Menschen zu motivieren, ihr Auto stehen zu lassen und auf den ÖPNV umzusteigen,  
768 braucht es ein Angebot, das attraktive und verlässliche Mobilität bietet. Unser Ziel ist es,  
769 in dicht besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-  
770 Bahn-Ringes liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In  
771 weniger dicht besiedelten Gebieten soll den Berliner\*innen mindestens alle zehn Minuten ein  
772 ÖPNV-Angebot zur Verfügung stehen. Gleichzeitig muss das ÖPNV-Streckennetz zügig weiter  
773 ausgebaut werden. Unser Ziel ist ein Netz ohne Lücken. Deshalb wollen wir neue  
774 Umsteigepunkte zwischen der U-Bahn, S-Bahn, der Tram und vor allem den Regionalbahnen  
775 schaffen. Auch die Reaktivierung von Infrastrukturen, wie zum Beispiel den zwei ehemaligen  
776 U-Bahn-Eingängen am Hermannplatz, erhöht die Attraktivität von heutigen und zukünftigen  
777 Umsteigepunkten. Gerade wenn wir mehr Pendler\*innen aus dem Auto auf die Schiene bringen  
778 wollen, brauchen wir eine Erweiterung und neue Verknüpfungen im Netz. Dabei setzen wir auch  
779 auf den Erhalt und den weiteren Ausbau von (Schnell-)Bus-Linien. Um das gewährleisten zu  
780 können, braucht die BVG neue und moderne Züge und Busse.

#### 781 Ein großes Tramnetz für Berlin

782 Das Tramnetz der Zukunft soll in alle Stadtteile ausgespannt werden und wichtige  
783 Stadtteilzentren miteinander verbinden. Wir wollen neue Tramstrecken nach Möglichkeit im  
784 eigenen Gleisbett umsetzen. Die Straßenbahn wollen wir grundsätzlich gegenüber anderen  
785 Verkehrsmitteln priorisieren, da sie im Betrieb und Bau preiswert ist und ein schneller  
786 Ausbau in viele Stadtteile möglich ist. Darüber hinaus wollen wir auch den Güterverkehr mit  
787 Straßenbahnen zukünftig berücksichtigen. Wir wollen daher den Bau weiterer Tramverbindungen  
788 fortsetzen. In den kommenden Jahren wird das Straßenbahnnetz um ein Drittel verlängert –  
789 zunächst nach Adlershof, zur Turmstraße und dann zum Ostkreuz. Schon bald sollen dann auch  
790 vom Alexanderplatz zum Potsdamer Platz, nach Spandau, zum Hermannplatz und später auch durch  
791 die Sonnenallee, zum Rathaus Steglitz, nach Tegel und zum Bahnhof Zoo Trams fahren. Ziel  
792 soll es sein, dass die Straßenbahn schon bald mehr Stadtteile miteinander verbindet. Auch  
793 die Außenbezirke werden perspektivisch besser an das Tram-Netz angebunden. Wir orientieren  
794 uns dabei am „Zielnetz Berlin 2050“ des Bündnisses „Pro Straßenbahn Berlin“. Um den  
795 Straßenbahnausbau zu beschleunigen, werden wir neue, attraktive Planerstellen in der  
796 Verwaltung schaffen und streben die Gründung einer InfraTram-Gesellschaft an.

#### 797 Ausbau von U-, S- und Regionalbahn

798 Damit Berliner\*innen auch weite Strecken in der Stadt problemlos zurücklegen können und  
799 Pendler\*innen aus dem Umland zuverlässig und pünktlich in die Innenstadt kommen, haben wir  
800 im Senat die Beschaffung neuer S-Bahn- und U-Bahn-Wagen durchgesetzt. Dabei wird Berlin  
801 erstmals einen landeseigenen S-Bahn-Fuhrpark aufbauen. Wir haben 1.380 neue S-Bahn-Wagen, im  
802 Wert von rund drei Milliarden Euro, ausgeschrieben, die schrittweise ab 2027 durch die Stadt  
803 fahren sollen, und eine Option auf über 850 weitere gesichert. Dadurch kann nicht nur die  
804 Taktung des S-Bahn-Angebots deutlich erhöht werden, sondern auch dessen Leistungsfähigkeit  
805 und Zuverlässigkeit verbessert werden. Darüber hinaus wollen wir mehr Orte an die S-Bahn  
806 anbinden. Auch hier orientieren wir uns an unserer Vorgabe, dass in dicht besiedelten  
807 Gebieten ein 5- und in weniger dicht besiedelten Gebieten ein 10-Minuten-Takt gewährleistet  
808 werden soll.

809 Mit der Bestellung von bis zu 1.500 U-Bahn-Wagen können engere Takte und längere Züge  
810 angeboten werden. Nach Jahren des Stillstandes haben wir endlich wieder Machbarkeitsstudien  
811 zum Ausbau bestehender U-Bahn-Strecken in Auftrag gegeben. Der Bau von U-Bahnen ist  
812 allerdings deutlich langwieriger und kostenintensiver als der Ausbau von Tramlinien. Darum  
813 gilt für uns: Bei der schnellen Umsetzung der Verkehrswende hat für uns der Tram-Ausbau  
814 Vorrang. Gleichzeitig bauen wir gezielt dort das S- und U-Bahn-Netz weiter aus, wo es

815 verkehrlich sinnvoll ist und wir so eine bessere Mobilität und in der Bilanz einen besseren  
816 Klimaschutz erreichen. Für neue U- oder auch S-Bahn-Strecken müssen mindestens zwei von drei  
817 Kriterien erfüllt sein: die Erschließung neuer Wohngebiete, ein überdurchschnittlicher  
818 Zuwachs an Fahrgästen oder neue Umstiegsmöglichkeiten für Pendler\*innen. Bei der  
819 Erschließung neuer Wohngebiete ist es wichtig, den Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr  
820 schon in der Planung mitzudenken. Mit der Nahverkehrstangente als schienengebundener  
821 tangentialer Regionalverbindung werden wir die Vernetzung der östlichen Bezirke  
822 untereinander bedeutend verbessern. Der weitere Ausbau der Verbindungen ins Umland mit der  
823 S- und Regionalbahn findet in enger Abstimmung mit dem Land Brandenburg statt. Damit wird  
824 der Umstieg vom Auto auf die Bahn für Pendler\*innen noch attraktiver und die Umwelt wird  
825 geschont.

826 Die Hauptstadtregion im Blick – Ausbau der Verbindungen ins Umland

827 Gemeinsam mit dem Land Brandenburg, der Deutschen Bahn und dem VBB planen wir ein  
828 umfangreiches Ausbauprogramm für den ÖPNV in der Hauptstadtregion. Mit dem Programm „i2030“  
829 wollen wir in der Metropolregion bis zu 180 Kilometer Bahnstrecke reaktivieren, neu oder  
830 ausbauen. Rund 100 Stationen und Bahnhöfe in der Hauptstadtregion sollen neu, aus- oder  
831 umgebaut werden. Langfristig wollen wir Pendelnden das Umsteigen auf die Bahn durch neue  
832 Regionalverkehrsangebote mit dichten, einheitlichen Taktfolgen auch in den  
833 Randverkehrszeiten erleichtern. Künftig werden wir uns zudem dafür einsetzen, dass auf den  
834 Strecken, die nicht elektrifiziert werden können, Alternativen zum Dieselantrieb zum Einsatz  
835 kommen.

836 Damit der ÖPNV von Pendler\*innen und Berliner\*innen in der ganzen Stadt und im Brandenburger  
837 Umland noch mehr als bisher genutzt wird, wollen wir deutlich mehr Fahrradparkplätze und  
838 Fahrradparkhäuser an großen U- und S-Bahnhöfen besonders im äußeren Stadtgebiet schaffen und  
839 wo möglich Park-and-Ride-Stationen einrichten oder erweitern. Die Fahrradmitnahme wollen wir  
840 ebenfalls erleichtern, indem wir im Rahmen von Ausschreibungen entsprechende Anforderungen  
841 an die zu beschaffenden Fahrzeuge formulieren. Für Nutzer\*innen des Sozialtickets soll die  
842 Fahrradmitnahme kostenlos werden. Die Verknüpfung der Verkehrsträger des Umweltverbundes ist  
843 ein zentraler Baustein der Verkehrswende.

844 Haltestellen sicher, bequem und grün gestalten

845 Zu einem modernen ÖPNV gehören auch sichere, bequeme und nachhaltige Bahnhöfe und  
846 Haltestellen. Bus und Bahn müssen bei jedem Wetter und zu jeder Uhrzeit gerne genutzt werden  
847 können. Deshalb werden wir die Sicherheit und das Wohlbefinden an allen unseren Bahnhöfen  
848 und Haltestellen weiter erhöhen. Alle Bus- und Tramhaltestellen wollen wir mit gut  
849 ausgeleuchteten Wartehäuschen inklusive ausreichend Sitzgelegenheiten ausstatten und soweit  
850 möglich begrünen und entsiegeln. Die Bahnsteige unserer U-Bahnhöfe sollen auf bauliche  
851 Engstellen überprüft und wo nötig umgebaut werden, um die Sicherheit zu erhöhen.

852 Barrierefreiheit – Bus und Bahn für alle

853 Der öffentliche Personennahverkehr muss für alle zugänglich sein. Eine Stadt für alle  
854 bedeutet Mobilität für alle. Dafür stehen wir. Deshalb muss der Umbau aller Bahnhöfe und  
855 Haltestellen im Verkehrsverbund mit einem barrierefreien Zugang schnellstmöglich  
856 abgeschlossen werden. Hierfür haben wir der BVG und den Bezirken bereits viel Geld zur  
857 Verfügung gestellt. Menschen mit Behinderung, ältere Menschen oder Fahrgäste mit kleinen  
858 Kindern sollen problemlos alle Bahnsteige und Haltepunkte erreichen können, um das Angebot  
859 des ÖPNV nutzen zu können. Im Mobilitätsgesetz haben wir einen barrierefreien ÖPNV  
860 vorgeschrieben. Auch deshalb haben wir die BVG mit dem Pilotprojekt „Alternative  
861 Barrierefreie Beförderung“ beauftragt. Dieses Angebot wollen wir sukzessive auf ganz Berlin

862 ausweiten. Gleichzeitig setzen wir uns dafür ein, die Anzahl der barrierefreien Taxis im  
863 öffentlichen Raum deutlich zu erhöhen, um echte Mobilität für alle zu verwirklichen.

864 Mobilität muss auch queer und feministisch sein

865 Noch immer wird Verkehrspolitik vor allem von Männern für Männer gemacht. Doch die Realität  
866 der Mobilität sieht meist anders aus. Frauen nutzen seltener das Auto und sind mehr zu Fuß,  
867 mit dem Rad oder dem ÖPNV unterwegs. Durch nicht verantwortungsbewusst fahrende  
868 Autofahrer\*innen oder durch Angsträume sind sie auch größeren Gefahren ausgesetzt. Wir  
869 wollen uns deshalb für eine queere und feministische Verkehrspolitik einsetzen: Soziale Wege  
870 sollen mehr ins Zentrum der Verkehrsplanung gestellt werden. Wir streben eine  
871 geschlechterparitätische Besetzung in den Gremien an und setzen uns dafür ein, dass mehr  
872 Frauen den Weg in technische Berufe im Verkehrsbereich gehen. Eine queer-feministische  
873 Verkehrspolitik bedeutet aber auch, Angsträume zu reduzieren und das Sicherheitsgefühl zu  
874 stärken. Marginalisierte Gruppen sind auch häufiger Diskriminierung oder sexueller  
875 Belästigung im ÖPNV und im öffentlichen Raum ausgesetzt. Deshalb wollen wir die Sicherheit  
876 der Fahrgäste verbessern und so Barrieren zur Nutzung abbauen. Dazu bedarf es einer  
877 umfassenden Datenerhebung und einer Umsetzung von Maßnahmen wie besserer Beleuchtung von  
878 Wegen und Bahnhöfen, digitalen Meldemöglichkeiten, Awareness-Kampagnen und  
879 Gefahrenprävention durch bessere Gestaltung der Haltestellen sowie dem Einsatz von  
880 geschultem Personal.

881 Finanzierung – günstige Ticketpreise sichern und Mittel für Investitionen generieren

882 Wir haben unter anderem mit der Fahrzeugbeschaffung eine milliardenschwere ÖPNV-Offensive  
883 gestartet. Denn wir wissen, es steigen nur noch mehr Berliner\*innen auf den ÖPNV um, wenn  
884 der Bus mindestens alle zehn Minuten kommt, die U-Bahn sauber und ein Platz frei ist und der  
885 Preis stimmt. Diese Offensive wollen wir weiter vorantreiben. Weil die massiven  
886 Investitionen dafür nicht allein über öffentliche Zuschüsse gestemmt werden können und eine  
887 Erhöhung der Ticketpreise für uns nicht infrage kommt, müssen weitere Einnahmen generiert  
888 werden. Gerade wer noch mehr Linien und mehr Bahnen als bisher schon ausfinanziert schaffen  
889 will, muss auch beantworten, wie diese zusätzlich finanziert werden sollen, ein Streichen  
890 bisheriger Planungen, wie sie im Nahverkehrsplan vorgenommen wurden, lehnen wir ab. Die  
891 Kosten, die durch den Autoverkehr entstehen, werden von der gesamten Gesellschaft getragen.  
892 Solch eine breite Finanzierung streben wir auch beim ÖPNV an. Wir wollen die  
893 Verkehrsfinanzierung revolutionieren, damit alle Berliner\*innen eine schnell erreichbare  
894 Haltestelle vor ihrer Tür bekommen, die Tickets günstiger werden und die U-Bahn häufiger  
895 kommt. Schon in dieser Periode wurden intensive Untersuchungen und Studien in Auftrag  
896 gegeben, um die verschiedenen Instrumente, wie eine City-Maut, die Ausweitung von  
897 Parkgebühren, eine Nahverkehrs- oder Tourismusabgabe zu untersuchen. Damit könnte das Klima  
898 geschützt, Lärm verringert und die Aufenthaltsqualität verbessert werden, damit Berlin eine  
899 noch lebenswertere Stadt wird. Im Dialog mit der Wissenschaft und der Stadtgesellschaft  
900 wollen wir weiter über Einführungs- und Ausgestaltungsmöglichkeiten debattieren und nächste  
901 Schritte erarbeiten. Denn die Kosten des Autoverkehrs müssen endlich inklusive der Umwelt-  
902 und Gesundheitskosten ehrlich bemessen und nach dem Verursacherprinzip getragen werden.  
903 Dabei gilt für uns der Grundsatz: Der Geldbeutel darf nicht darüber entscheiden, wer guten  
904 Zugang zur Innenstadt hat. Deshalb muss jede Maßnahme so ausgestaltet sein, dass sie sowohl  
905 einen ökologisch nachhaltigen Effekt für Berlin hat als auch Mobilität für Menschen mit  
906 wenig Geld gewährleistet. Menschen, die auf ihr Auto angewiesen sind, wie Pflegedienste oder  
907 Handwerker\*innen, werden künftig sogar noch einfacher in die Stadt kommen, da weniger Autos  
908 auch weniger Stau bedeuten. So vereinen wir neue Freiräume und Mobilität für alle.

909 Ein verbessertes Angebot und ein Ausbau des ÖPNV dürfen nicht automatisch zu hohen  
910 Ticketpreisen führen. Das würde den Anspruch einer sozial-ökologischen Verkehrswende  
911 konterkarieren. Deshalb haben wir in dieser Wahlperiode das Sozial-, das Schüler\*innen-, das  
912 Azubi- und das Firmenticket deutlich günstiger gemacht und das Semesterticket für  
913 Studierende stabilisiert. Schüler\*innen fahren in Berlin sogar völlig kostenfrei. Klar ist:  
914 Damit sich mehr Menschen für den ÖPNV entscheiden, müssen die Tarife dauerhaft niedrig und  
915 solidarisch finanziert sein. Unser Ziel sind deutlich günstigere Tarife und daher wollen wir  
916 die baldmöglichste Einführung unserer Bär\*innenkarte, die durch eine geringe monatliche  
917 Abgabe aller erwachsenen Berliner\*innen, ausgenommen Studierende, Pflegebedürftige,  
918 Bezieh\*innen von Arbeitslosengeld II und Sozialhilfe sowie Personen, die heute bereits  
919 Anspruch auf kostenfreie Beförderung haben, finanziert wird. Damit kann der ÖPNV von allen  
920 erheblich günstiger genutzt werden. Nach dem Ausbau der Kapazität des ÖPNV, insbesondere in  
921 Zeiten starker Auslastung, wollen wir langfristig die Tarife fahrscheinlos gestalten.

922 Teilen statt besitzen – neue Mobilität für ganz Berlin

923 Seit einigen Jahren gibt es in Berlin zahlreiche neue Mobilitätsdienstleistungen, wie Car-,  
924 Scooter-, Ride- oder Bike-Sharing. Berlin ist von vielen Sharing-Anbietern als  
925 „Versuchslabor“ und Referenzgebiet ausgewählt worden. Berlin gehört damit zu den  
926 internationalen Vorreiterstädten bei der Sharing-Mobilität. Neue Mobilitätsformen müssen  
927 dazu beitragen, Emissionen einzusparen und Verkehr zu reduzieren. Unser Ziel ist, die  
928 Sharing-Mobilität als zusätzliches Angebot in den ÖPNV zu integrieren. Denn gerade in den  
929 mit dem ÖPNV unterversorgten Bereichen der Stadt können Sharing- und Poolingdienste die  
930 Lücke zwischen klassischem ÖPNV und dem motorisierten Individualverkehr schließen und damit  
931 zur Verkehrswende beitragen. Wir wollen dabei alle Möglichkeiten nutzen, um Car-, Bike-,  
932 Scooter- und Ride-Sharing in die ganze Stadt, also auch außerhalb des S-Bahn-Ringes, zu  
933 bringen, und gleichzeitig ökologische Standards hierfür vorgeben. Deshalb werden wir  
934 Parkplätze, die derzeit privaten Autos zur Verfügung stehen, im ausreichenden Maße in  
935 Abstellflächen für Sharing-Mobilität umwidmen. Wir wollen darauf hinwirken, dass die  
936 Sharing- und Pooling anbietenden ihre Angebots- und Nachfragedaten dem Land zugänglich  
937 machen, damit verkehrliche Effekte untersucht und bestenfalls Open-Data- und Community-Open-  
938 Source-Tools ermöglicht werden. Digitale Mobilitätsassistenten wie die Jelbi-App sollen noch  
939 stärker dazu beitragen, unterschiedliche Mobilitätsangebote sinnvoll aufeinander  
940 abzustimmen, zu verzahnen, ihre Nutzung zu vereinfachen und so Verkehr zu reduzieren. Von  
941 zentraler Bedeutung ist für uns dabei die Weiterentwicklung des Leihfahrradsystems. Wir  
942 streben ein flächendeckendes Angebot über die ganze Stadt an, das mit dem ÖPNV gut verknüpft  
943 ist und so den Umstieg auf eine klimaschonende Mobilität befördert. Wir wollen auch das Taxi  
944 erhalten und ihm neue Geschäftsfelder eröffnen: ob beim Pooling oder durch barrierefreie  
945 Taxis. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Reform des Personenfördergesetzes  
946 ein, das die Rahmenbedingungen zwischen Taxis, Mietwagen und Ride-Sharing klar und fair  
947 regelt.

948 1.5 Mehr Platz für das Rad, zu Fuß und für das Leben in der Stadt

949 Über 70 Jahre lang stand vor allem das Auto im Mittelpunkt der Verkehrspolitik und der  
950 Stadtplanung. Mit dem Mobilitätsgesetz haben wir das geändert und schon viele Fortschritte  
951 gemacht. Aber wir sind noch lange nicht am Ziel. Der öffentliche Raum ist zwischen den  
952 Verkehrsteilnehmer\*innen noch nicht so verteilt, wie es dem Bedarf der Berliner\*innen  
953 entspricht. Während der klimaschädliche Autoverkehr durch breite Straßen und großzügigen  
954 Parkraum viel zu viel Platz für sich in Anspruch nimmt, müssen sich Fußgänger\*innen und  
955 Radfahrer\*innen oftmals Autos, LKWs und Motorrädern unterordnen. Wir wollen dieses  
956 Verhältnis umkehren. Unser Ziel ist es, dass eine Kombination aus leistungsfähigem ÖPNV,  
957 sicherem Rad- und Fußverkehr und intelligenten Sharing-Systemen den motorisierten

958 Individualverkehr in der Stadt in den kommenden Jahren weitgehend ablöst und auf das  
959 notwendige Minimum reduziert. Dies schafft nicht nur eine gerechtere Verteilung des Raums  
960 unter allen Verkehrsteilnehmer\*innen, sondern ermöglicht auch, Berlin lebenswerter  
961 umzubauen. Denn Parkplätze können sich auch zu grünen Oasen verwandeln, autofreie Kieze  
962 bringen Platz zum Spielen und Tollen und wo wir Beton aufreißen und Grün wächst, entstehen  
963 Versickerungsflächen, die kühlen und das Regenwasser speichern. Unsere Mobilitätspolitik  
964 zieht auch Lehren aus der Corona-Krise. Der Einzelhandel und die Gastronomie haben in der  
965 Corona-Krise besonders gelitten. Wir wollen auch deshalb das Auto in unseren öffentlichen  
966 Räumen zurückdrängen und damit die Aufenthaltsqualität auf den Straßen und Plätzen unserer  
967 Stadt so verbessern, dass Einzelhandel und Gastronomie einen neuen Aufschwung erleben. Denn  
968 in öffentlichen Räumen mit hoher Aufenthaltsqualität kaufen Menschen gerne ein und verweilen  
969 gern.

970 Verkehrswende ist Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit

971 Die Verkehrswende ist notwendig, damit Berlin seine Klimaschutzziele erreicht und die  
972 Berliner\*innen bequem und klimafreundlich unterwegs sein können. Doch sie schafft auch mehr  
973 Gesundheitsschutz und Teilhabegerechtigkeit im öffentlichen Raum. Der Verkehr ist, neben  
974 seinen hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen, auch einer der größten Verursacher von Lärm und von  
975 Luftschadstoffen wie Feinstaub. Besonders ältere Menschen und Kinder sowie Menschen mit  
976 geringem Einkommen, die häufig an den großen Hauptstraßen und in dichten Wohnquartieren  
977 wohnen, leiden überproportional unter diesen Umweltbelastungen. Gerade in der Corona-  
978 Pandemie wurde deutlich, wie wichtig die Verkehrswende ist, denn auch schlechte Luftqualität  
979 hatte Auswirkungen auf den Krankheitsverlauf. Der psychologische Druck des Lockdowns trifft  
980 Menschen deutlich härter, die mit vielen anderen auf kleiner Fläche zusammenleben. Deshalb  
981 ist die Verkehrswende nicht nur ein Beitrag zum Klimaschutz, sondern ein Gewinn an  
982 Lebensqualität für alle Berliner\*innen. Wer sich kein Eigenheim mit Garten leisten kann, wer  
983 den Wohnraum mit vielen anderen teilt, profitiert besonders von dieser Entwicklung.

984 Den weiteren Ausbau der A 100 lehnen wir ab. Dafür vorgesehene Flächen sollen dem sozialen  
985 Mietwohnungsbau, Grün-, Bildungs- und Sportflächen sowie der kulturellen Nutzung dienen. Wo  
986 immer möglich, werden wir den Rückbau von Relikten der autogerechten Stadt, wie aktuell die  
987 Breitenbachplatzbrücke, anstoßen. Wir werden uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass  
988 die in Berlin liegenden Straßenprojekte des Bundesverkehrswegeplans gestrichen werden.

989 Weniger und kleinere Autos und keine klimaschädlichen Verbrenner mehr – in ganz Berlin

990 Die klima- und gesundheitsschädlichen Verbrenner sollen bis 2030 aus der Innenstadt und bis  
991 2035 aus ganz Berlin verschwinden. Die verbleibenden Fahrzeuge werden emissionsfrei  
992 angetrieben. Schon heute sind zweckmäßig und stadtverträglich dimensionierte Elektroautos  
993 vielfach eine sinnvolle Alternative für alltägliche Transportaufgaben. Deshalb unterstützen  
994 wir den Umstieg auf Elektrofahrzeuge und den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bis 2022 sollen  
995 2.000 öffentliche Ladepunkte in der Stadt aufgebaut sein. Dennoch sollte das Auto in der  
996 Innenstadt nicht mehr die Norm, sondern nur noch die Ausnahme sein, denn auch Elektroautos  
997 brauchen Platz. Beim Ausbau der Ladeinfrastruktur achten wir daher auch darauf, dass dieser  
998 nicht zulasten anderer Verkehrsarten geht. Klar ist: Manche Menschen werden immer  
999 individuelle Mobilität brauchen oder aufgrund ihrer Tätigkeit während ihrer Arbeit auf ein  
1000 Fahrzeug angewiesen sein: Menschen mit Behinderung, Pflegedienste und Handwerker\*innen,  
1001 Polizei und Rettung, Bauunternehmen und Müllabfuhr. Weniger PKW-Verkehr als bisher nutzt  
1002 gerade ihnen, denn so kommen sie besser voran.

1003 Fuß- und Radverkehr ausbauen

1004 Damit das möglich werden kann, haben wir in den vergangenen Jahren nicht nur in den Ausbau  
1005 des ÖPNV, sondern auch in die Verbesserung der Fuß- und Radverkehrsinfrastruktur investiert.  
1006 Besonders die deutlich höheren Finanzmittel und Personalressourcen für den Radverkehr haben  
1007 sich ausgezahlt. Als Grüne die Verkehrsverwaltung übernommen haben, gab es dort nur 3,5  
1008 Stellen für die Radverkehrsplanung, jetzt sind es über 70. Statt 5 Millionen Euro sind heute  
1009 über 30 Millionen Euro im Landeshaushalt für den Radverkehr vorgesehen.

1010 In den vergangenen Jahren wurden 100 Kilometer Radwege in Berlin gebaut oder modernisiert  
1011 und 15.000 Abstellplätze geschaffen. Damit sich allerdings der Trend zum Rad fortsetzt,  
1012 braucht es eine flächendeckende und sichere Radverkehrsinfrastruktur. Deshalb wollen wir mit  
1013 mehr Tempo weiter neue Radwege bauen, Autostraßen zu Fahrradstraßen umwidmen, 100 Kilometer  
1014 Radschnellwege schaffen und an allen Hauptstraßen sichere Radstreifen einrichten. Unser Ziel  
1015 ist ein gut ausgebautes und miteinander verbundenes Radnetz. Wir streben eine Grüne Welle  
1016 auf dem Rad-Vorrangnetz an. Die bestehende Radinfrastruktur wollen wir an das steigende  
1017 Aufkommen anpassen. Dabei berücksichtigen wir auch die vermehrte Nutzung von Lastenrädern im  
1018 privaten und gewerblichen Bereich. Wo nötig, schaffen wir spezielle Infrastruktur für  
1019 Lastenräder, zum Beispiel indem wir geeignete und sichere Abstellplätze einrichten. Die  
1020 Anschaffung von Lastenrädern wollen wir als Transportalternative zum Auto weiter fördern. In  
1021 den Kiezen sollen die Wohnstraßen so hergerichtet werden, dass zum Beispiel durch  
1022 abgeschliffene Oberflächen und unter Vermeidung unnötiger Versiegelung auch auf  
1023 Kopfsteinpflaster sicheres und bequemes Radfahren möglich ist. Zur Erleichterung des Ausbaus  
1024 der Rad- und Fußinfrastruktur sowie der ÖPNV-Beschleunigung soll die Zuständigkeit für die  
1025 Planung und Umsetzung aller Maßnahmen an Hauptstraßen und zur Realisierung der  
1026 Radschnellverbindungen sowie ergänzender Infrastruktur, wie zum Beispiel Fahrradbarometern  
1027 und Fahrradparkhäusern, von den Bezirken gänzlich an den Senat übergehen. Im Gegenzug sollen  
1028 die Bezirke von Anfang bis Ende für die Nebenstraßen zuständig sei. Dabei ist entscheidend,  
1029 dass die Verfügung über die betreffenden Haushaltsmittel der Aufgabenzuständigkeit  
1030 zugeordnet ist und zukünftig keine Doppelzuständigkeiten mehr bestehen. Auch für den Betrieb  
1031 der Infrastruktur müssen zwischen Land und Bezirken klare Zuständigkeiten getroffen werden,  
1032 so gehören übergeordnete Angebote wie Fahrradparken an S-Bahn-Stationen auf Landesebene.  
1033 Ebenso wollen wir die Anzahl der Fahrradstellplätze und Fahrradparkhäuser weiter deutlich  
1034 erhöhen und gemeinsam mit der Polizei eine wirksame Strategie gegen Fahrraddiebstahl  
1035 entwickeln. Um Konflikte mit dem Fußverkehr zu vermeiden, müssen Fahrradstellplätze  
1036 bevorzugt und vor allem auf bisherigen Autoparkplätzen entstehen.

1037 Um mögliche Konflikte zwischen neuer Fahrradinfrastruktur und Naturschutz zu vermeiden,  
1038 sollten die Interessen des Naturschutzes bereits bei der Planung berücksichtigt werden. Eine  
1039 weitere Versiegelung durch den Bau neuer Wege soll vermieden werden. Der Ausbau des  
1040 Radwegenetzes sollte wo immer möglich durch Umverteilung des bestehenden Straßenraums  
1041 erfolgen. Wo Fahrradschnellwege durch Parks und Grünanlagen nicht vermieden werden können,  
1042 muss wo immer möglich eine lokale Kompensationsmaßnahme für das Stadtgrün und die  
1043 Anwohnerschaft erfolgen.

1044 Auch den Fußverkehr wollen wir weiter fördern und sicherer machen. Mit dem neuesten Teil des  
1045 Mobilitätsgesetzes haben wir dieser enorm wichtigen Mobilitätsform eine zentrale Bedeutung  
1046 eingeräumt und ihren Ausbau in Gesetzesform gegossen. Dazu braucht es mehr geschützte  
1047 Fußgängerüberwege, vor allem an Hauptverkehrsstraßen. Wir wollen möglichst viele Tempo-30-  
1048 Strecken in der Stadt einführen und streben auf Bundesebene an, auf Hauptverkehrsstraßen  
1049 leichter Tempo 30 zur Erhöhung der Verkehrssicherheit anordnen zu können. Ampelschaltungen  
1050 werden zukünftig stärker auf die Bedürfnisse von Fußgänger\*innen abgestimmt und alle mit  
1051 Vibrationstastern und Blindenakustik ausgestattet. Wir werden Straßenquerungen barrierefrei  
1052 gestalten und sowohl für Rollstuhlfahrer\*innen als auch für Blinde und Sehbehinderte

1053 umbauen. Mit mehr Bänken auf Straßen und Plätzen werden wir für mehr Aufenthaltsqualität im  
1054 öffentlichen Raum sorgen und längere Fußwege auch für ältere Menschen wieder möglich machen.

#### 1055 Autofreie Kieze für mehr Lebensqualität

1056 Wir werden den Durchgangsverkehr aus den Kiezen heraushalten und immer mehr autofreie Inseln  
1057 in ganz Berlin schaffen. Spielstraßen, Nachbarschaftsstraßen, autofreie Kieze, Kiezblocks  
1058 und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung wollen wir weiterhin fördern und ausweiten. Ihre  
1059 Einrichtung wollen wir durch einen zentralen Leitfaden, klare Zuständigkeiten und  
1060 ausreichende Ressourcen vereinfachen. Insbesondere wollen wir die Bezirke unterstützen mit  
1061 einem Programm zur Finanzierung von Planung und Umsetzung von Kiezblocks. Unser Ziel ist es,  
1062 in allen Berliner Bezirken mehrere Kiezblocks einzurichten und diese begleitend zu  
1063 evaluieren und auf ihre verkehrlichen, sozialen und Umwelt-Effekte und ihre Akzeptanz zu  
1064 untersuchen. Darüber hinaus werden wir das Modellprojekt der autofreien Friedrichstraße  
1065 verstetigen und in der nächsten Legislaturperiode viele weitere Einkaufsstraßen autofrei  
1066 gestalten. Mit Kiezblocks, autofreien Einkaufsstraßen oder Spielstraßen schaffen wir in ganz  
1067 Berlin Orte mit viel mehr Lebensqualität und mit Platz, der allen Menschen – vor allem auch  
1068 alten Menschen und Kindern – zum Flanieren, Spielen und für Begegnungen zur Verfügung steht.

#### 1069 Verkehrssicherheit – Verkehr ohne Unfalltote und Schwerverletzte

1070 Die Verkehrssicherheit besonders für Fußgänger\*innen, Radfahrer\*innen, ältere Menschen und  
1071 Kinder muss weiter erhöht werden. Aktuell führen sie leider die traurige Statistik der  
1072 Unfalltoten und Schwerverletzten im Straßenverkehr an. Falschparken,  
1073 Geschwindigkeitsübertretungen, insbesondere an Unfallschwerpunkten und besonders gefährdeten  
1074 Orten wie Grundschulen und Kitas, oder das Fahren über eine rote Ampel und regelwidriges  
1075 Abbiegen wollen wir stärker verfolgen und konsequent ahnden. Zusätzlich haben wir das  
1076 Förderprogramm „Abbiegeassistenz Berlin“ mit 2 Millionen Euro aufgelegt, um die Lücke bis  
1077 zum verpflichtenden Bau von Fahrzeugen mit Abbiegeassistent im Jahr 2024 zu schließen. Dazu  
1078 muss mehr Personal bei Polizei und Ordnungsämtern abgestellt werden. Wir haben die  
1079 Fahrradstaffel mit dem Ziel, sie auf die gesamte Stadt auszuweiten, deutlich ausgebaut. Wir  
1080 wollen noch mehr Polizist\*innen zu Fuß und auf Fahrrädern, um alle Verkehrsteilnehmer\*innen  
1081 auf Augenhöhe anzusprechen und für mehr Sicherheit und Miteinander auf Berlins Straßen zu  
1082 sorgen. Der Aufbau vieler neuer stationärer und halbstationärer Blitzer im Stadtgebiet soll  
1083 Raser\*innen erfassen, ahnden und abschrecken. Radfahrer\*innen sollen an immer mehr  
1084 Kreuzungen zukünftig eine vom Autoverkehr getrennte Ampelschaltung erhalten. Um dabei  
1085 schneller zu werden, wollen wir die Programmierung und Kontrolle der Ampeln in kommunale  
1086 Hand nehmen und streben dazu Gespräche mit dem bislang beauftragten Unternehmen an. Die  
1087 Umsetzung haben wir bereits auf den Weg gebracht. Mit diesen Maßnahmen wollen wir das  
1088 Leitbild der Vision Zero, eines Verkehrs ohne Unfalltote und Schwerverletzte, in unserer  
1089 Stadt verwirklichen.

#### 1090 Platz zum Leben statt Parkplatz

1091 Der öffentliche Raum ist für alle da, wir kämpfen für mehr Aufenthalts- und Grünflächen,  
1092 Gemeinschaftsgärten, Nachbarschafts-Begegnungsorte und Spielplätze. Wir wollen die Stadt in  
1093 den nächsten Jahren vom Autoverkehr deutlich entlasten und dazu die Parkraumbewirtschaftung  
1094 massiv, am besten flächendeckend ausweiten. Das Parken im öffentlichen Raum soll wie auch  
1095 andernorts üblich angemessen bepreist und bestmöglich mit digitalen Kontrollmöglichkeiten  
1096 durchgesetzt werden. Im partizipativen Austausch mit den Anwohner\*innen wollen wir insgesamt  
1097 mehr Lebensqualität für alle Berliner\*innen schaffen, dafür brauchen wir mehr Platz für  
1098 Spiel und Sport, Bewegung und Verweilen. Wir wollen Läden und Kleingewerbe, Cafés, Kitas und  
1099 Kinderläden, Initiativen für temporäre und dauerhafte Spielstraßen dabei unterstützen und  
1100 fördern, Parkplätze für ihre Zwecke umnützen zu können. Die Anzahl der Stellplätze werden

1101 wir für diese Ziele in den nächsten zehn Jahren halbieren und ihre Flächen umwidmen. Um dies  
1102 zu erreichen, müssen bereits in der nächsten Periode mindestens 20 Prozent entsiegelt  
1103 werden. Dafür haben wir mit dem Mobilitätsgesetz die Grundlagen gelegt und werden die  
1104 Bezirke von Seiten des Landes dabei unterstützen. So schaffen wir mehr Lebensqualität für  
1105 alle Berliner\*innen, die mehr Platz für Spiel, Sport und Bewegung bekommen.

1106 Wirtschaftsverkehr emissionsfrei und sicher machen

1107 Berlins Wirtschaft ist abhängig von zuverlässigen Transportketten. Wir wollen die  
1108 Voraussetzungen schaffen, dass diese Transportketten zukünftig vor allem klimafreundlich auf  
1109 die Schiene oder das Schiff verlagert werden können. Dazu wollen wir in Abstimmung mit dem  
1110 Land Brandenburg ein Konzept entwickeln, um die Anbindung von Wirtschaftszentren an den  
1111 Schienenverkehr und unsere Häfen zu verbessern. Außerdem wollen wir die Umrüstung auf  
1112 elektrische oder emissionsarme Antriebe bei Schiffen fördern und den Ausbau von  
1113 Elektroanlegern voranbringen. Den Lieferverkehr auf der letzten Meile wollen wir so weit wie  
1114 möglich vom LKW auf stadtverträgliche Alternativen wie Lastenräder und  
1115 Elektrolieferfahrzeuge verlagern sowie den verbleibenden Lieferverkehr so weit wie möglich  
1116 auf den Hauptstraßen bündeln. Für das Liefern in den Kiez setzen wir auf MicroHubs, damit  
1117 Güter von Logistikzentren mit CO<sub>2</sub>-neutralen Kleinfahrzeugen klimafreundlich und  
1118 kiezverträglich verteilt werden. Dort, wo zum Beispiel Handwerker\*innen auf Fahrzeuge  
1119 angewiesen sind, werden wir das sehr erfolgreiche Förderprogramm für Elektrokleintransporter  
1120 fortsetzen und ausweiten, um einen emissionsfreien und sicheren Wirtschaftsverkehr auf den  
1121 Weg zu bringen. Noch vorhandene städtische Umschlagflächen werden wir sichern und für  
1122 zusätzliche Ladezonen bisherige PKW-Parkplätze nutzen. Auf der Grundlage bisheriger Studien  
1123 und Pilotprojekte sollen die vorhandenen Erkenntnisse zum nachhaltigen Güterverkehr zu einem  
1124 anwendbaren Konzept zusammengeführt werden. Dieses soll beispielhaft in der Stadtmitte unter  
1125 Einbeziehung des Westhafens und der Schieneninfrastruktur der BVG umgesetzt werden.

1126 Lärmschutz und Klimaschutz verbinden, Flugverkehr reduzieren

1127 Flugzeuge sind mit Abstand die klimaschädlichsten Verkehrsmittel. Deshalb ist der  
1128 Luftverkehr zu Recht in den Fokus der Klimadebatte gerückt. Wir werden infolge der Corona-  
1129 Pandemie einen Strukturwandel hin zu einer deutlichen Reduzierung klimaschädlicher Flüge  
1130 politisch befördern. Wir setzen uns für den Abbau klimaschädlicher Subventionen im  
1131 Luftverkehr ein. Als Mitgesellschafter der Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg (FBB)  
1132 muss das Land Berlin für ein nachhaltiges Wirtschafts- und Klimaschutzkonzept des BER  
1133 sorgen. Eine Erweiterung und weitere Start- und Landebahnen lehnen wir ab. Für die FBB muss  
1134 ein Sanierungskonzept erarbeitet werden, mit dem es nach EU-wettbewerbskonformen Maßnahmen  
1135 möglich ist, den Flughafen in öffentlicher Regie weiter zu betreiben und die Belastungen der  
1136 Steuerzahler\*innen dauerhaft zu beenden. Das Sanierungskonzept muss dabei umfassen, dass der  
1137 Flughafenbetreiber anschließend sämtliche Betriebs- und Investitionskosten aus eigener Kraft  
1138 stemmen kann. Besonders die Lärmbelastung ist für Anwohnende von Flughäfen enorm. Deshalb  
1139 setzen wir uns weiterhin für ein Nachtflugverbot am neuen Flughafen Berlin Brandenburg (BER)  
1140 zwischen 22 und 6 Uhr ein. Wir fordern Lärmobergrenzen nach dem Vorbild Frankfurts am Main  
1141 und die Änderung der Betriebszeiten des Flughafens, um die oben genannte Nachtruhe zu  
1142 gewährleisten. Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass in die Start- und Landegebühren  
1143 alle ökologischen, klima- und lärmbelastenden Faktoren eingerechnet werden. Anstelle des  
1144 „Masterplans 2040“ wollen wir einen „Masterplan Klimaschutz“ für den BER mit den anderen  
1145 Gesellschafter\*innen beschließen, der eine stetige Reduktion der Flugbewegungen vorsieht.  
1146 Wir setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass für Kurz- bzw. Inlandsflüge zukünftig  
1147 deutlich höhere Gebühren erhoben werden dürfen und eine vollständige Internalisierung der  
1148 ökologischen Kosten in den Flugpreis erfolgt. Dadurch soll eine Verlagerung von  
1149 Kurzstrecken- und Inlandsflügen auf die Bahn erreicht werden. Außerdem wollen wir prüfen, ob

1150 und wie der Flughafen selbst eine klimagerechte Ausgleichszahlung erheben kann. Wir setzen  
1151 uns zudem auf Bundesebene für einen Ausbau des Fernstreckennetzes der Bahn und der Nachtzug-  
1152 Verbindungen ein und werden auch die Vergabe von Förderkrediten für neue  
1153 eigenwirtschaftliche Nachtzugverbindungen ab Berlin durch die Investitionsbank Berlin und  
1154 die KfW prüfen. Berlin soll Nachtzug-Drehkreuz werden. Zudem wollen wir, dass Dienstreisen  
1155 der Berliner Verwaltung im Inland durch Bahnreisen erfolgen sollen bzw. dass digitale  
1156 Konferenzen im In- und Ausland Flugreisen ersetzen und somit Energie und Emissionen sparen.  
1157 Die Senatsschulverwaltung möge darauf hinwirken, dass Flug-Klassenreisen bei allen  
1158 Beteiligten grundsätzlich bzgl. der CO2-Bilanz des Fliegens hinterfragt und möglichst durch  
1159 Alternativen ersetzt werden, auch wenn dies zeit- und kostenaufwendiger sein sollte.

#### 1160 1.6 Regional, saisonal, bio: gutes Essen für alle

1161 Mit der Ernährungswende hat Berlin bundesweit einen neuen, mutigen Weg in der Agrar- und  
1162 Ernährungspolitik eingeschlagen: Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft haben wir eine  
1163 zukunftsfähige, nachhaltige und regional gedachte Ernährungsstrategie für die Stadt  
1164 entwickelt und dabei Verbraucher\*innen in das Zentrum gestellt. Gutes Essen muss allen  
1165 Berliner\*innen unabhängig von der finanziellen Situation erschwinglich sein. Ein besonderes  
1166 Augenmerk haben wir dabei auf die Gemeinschaftsverpflegung gelegt, denn die ist der Esstisch  
1167 der Stadtgesellschaft, an dem wir alle zusammenkommen: Die Kantinen in öffentlichen  
1168 Einrichtungen, Betrieben, Krankenhäusern, Kitas und Schulen Berlins versorgen täglich  
1169 Tausende von Berliner\*innen. Hier setzen wir an, um regionales und biologisches und vor  
1170 allem köstliches Essen auf die Berliner Tische zu bringen. Gute Zutaten und gute Zubereitung  
1171 sind zwei Seiten einer Medaille, deshalb setzen wir uns auch weiterhin für bessere  
1172 Arbeitsbedingungen der Beschäftigten in den Cateringbetrieben ein.

#### 1173 Qualitäts-Regio-Siegel für Produkte aus dem Umkreis

1174 Bio- oder regionale Lebensmittel, vegane, vegetarische und saisonale Ernährung sind keine  
1175 Nischenmärkte mehr: Sie sind längst Normalität für Berliner\*innen. Wir wollen den von uns  
1176 eingeschlagenen Weg weitergehen und den Bund und die EU dazu antreiben, die Agrar- und  
1177 Ernährungswende zu vollziehen und die Tierzahlen zu reduzieren. So stärken wir Verbraucher-,  
1178 Umwelt- und Klimaschutz nachhaltig. Berlin zeichnet sich durch eine enorme Nachfrage an bio-  
1179 regionalen Lebensmitteln aus. Dieser Markt bietet die Möglichkeit, die bio-regionale  
1180 Landwirtschaft nachhaltig umzugestalten, die industrielle Tierhaltung zu beenden und mit dem  
1181 Ausbau der pflanzlichen Ernährung einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Dazu  
1182 ist es unerlässlich, eng mit Brandenburg und anderen benachbarten Bundesländern und unserem  
1183 Nachbarland Polen zu kooperieren: Wir wollen, dass der Weg vom Acker auf den Teller kürzer  
1184 wird und sich grundsätzlich ändert, hin zu einer ökologisch-regional orientierten  
1185 Ernährungswirtschaft. Gleichzeitig kann dieser regionale Bezug den Verbraucherschutz  
1186 stärken. Dafür wollen wir in Zusammenarbeit mit Brandenburg, aber auch anderen Bundesländern  
1187 eine gemeinsame Strategie entwickeln, die unter anderem ein Qualitäts-Regio-Siegel für  
1188 Produkte aus dem Umkreis beinhaltet. Alle Berliner Vergabestellen sollen dann künftig bei  
1189 öffentlichen Ausschreibungen dieses Qualitäts-Regio-Siegel verwenden. Damit unterstützen wir  
1190 nicht nur die Ernährungswende in Berlin, sondern fördern auch nachhaltiges Wirtschaften in  
1191 der gesamten Region.

#### 1192 Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Verwaltung – Berlins Kantinen werden bio

1193 Mit der Berliner Ernährungsstrategie möchten wir den Anteil von biologisch produzierten,  
1194 saisonalen, regionalen und pflanzlichen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung stetig  
1195 ausbauen und diese Lebensmittel ganz oben auf den Speiseplan setzen. Gerade in der  
1196 öffentlichen Beschaffung sehen wir große Potentiale, die wir besser nutzen können. Ein gutes  
1197 Beispiel sind die Schulen. Ab 2021 gibt es beim beitragsfreien Schulessen für die ersten bis

1198 sechsten Klassen Früchte, Gemüse, Milch und Milchprodukte sowie Pflanzendrinks  
1199 ausschließlich in Bio-Qualität. Der Bio-Anteil steigt damit von unter 15 Prozent auf über 50  
1200 Prozent. Wir wollen auch in Zukunft öffentliche Ausschreibungen nachhaltiger gestalten,  
1201 Schulungen für Vergabestellen anbieten, eine Kantinenrichtlinie entwickeln und einführen und  
1202 die Verwaltungsvorschrift „Umwelt und Beschaffung“ weiterentwickeln. Wir wollen insbesondere  
1203 alle Kitas und Schulen, aber auch die anderen Bereiche der Gemeinschaftsverpflegung, wie zum  
1204 Beispiel Krankenhäuser, dabei unterstützen, bis 2026 weitestgehend auf biologisch  
1205 produzierte, vor allem regional angebaute Lebensmittel und vollwertiges pflanzliches Essen  
1206 umzusteigen. Außerdem wollen wir an möglichst allen Schulen Schulgärten etablieren. Um  
1207 unsere Ziele zu erreichen, setzen wir bei der Umstellung der Gemeinschaftsverpflegung auf  
1208 die neu geschaffene Fortbildungseinrichtung „Kantine Zukunft“. Dieses Projekt wollen wir in  
1209 eine langfristig bestehende Struktur überführen und regelmäßig neue Küchen in das  
1210 Umstellungsprogramm aufnehmen. Darüber hinaus soll sich Berlin gemeinsam mit Brandenburg  
1211 aktiver an EU-Förderprogrammen für gesunde Lebensmittel in den Schulen beteiligen und eine  
1212 aktivere Rolle im Netzwerk der deutschen Bio-Städte spielen.

1213 „LebensMittelPunkte“ in ganz Berlin

1214 Für die Ernährungswende reicht aber die Umstellung von Küchen nicht aus. Wir wollen an  
1215 verschiedenen Standorten in jedem Bezirk mindestens einen „LebensMittelPunkt“ (LMP)  
1216 etablieren. Dabei wollen wir zivilgesellschaftliche Initiativen der LMP-Bewegung einbeziehen  
1217 und aktiv unterstützen. Diese „LebensMittelPunkte“ wollen wir zu Orten des sozialen  
1218 Zusammenlebens entwickeln, an denen Zugang zu gutem und gesundem Essen, unabhängig vom  
1219 Geldbeutel, und damit Verbraucherschutz gewährleistet ist. Hier soll auch Platz für alle  
1220 Akteur\*innen der Ernährungsszene gegeben sein, wie Lebensmittelretter\*innen, bienen- und  
1221 bestäuberfreundliche Urban-Gardening-Projekte, Kleingärtner\*innen, Imker\*innen, wie auch für  
1222 lokale Manufakturen und insbesondere inhabergeführte Lebensmittelhandwerksbetriebe. Sie alle  
1223 wollen wir durch Bürokratieabbau bei den bislang schwer umsetzbaren Hygienevorschriften  
1224 unterstützen. Auch die Berliner Wochenmärkte sowie den Großmarkt wollen wir zu Zentren für  
1225 frische und regionale Lebensmittel ausbauen.

1226 Ein „Food-Campus“ für die Ernährungswende

1227 Ein weiterer Schwerpunkt der Ernährungsstrategie ist der Ausbau der Lebensmittelbildung: Mit  
1228 einem zentral gelegenen „Food-Campus“ wollen wir einen Ort schaffen, wo Wissenschaft,  
1229 Praxis, Bildung und politische Diskussionen von und mit der Zivilgesellschaft die  
1230 Ernährungswende in Berlin vorantreiben. Wir wollen es ermöglichen, dass alle Berliner\*innen  
1231 Zugang zu niedrigschwelligen Bildungsangeboten rund um die Themen Ernährung und  
1232 Landwirtschaft haben. Ein Schwerpunkt wird dabei auf der pflanzlichen Ernährung liegen, denn  
1233 der Konsum von Nahrungsmitteln tierischer Herkunft soll aus Klima- und Artenschutzgründen  
1234 deutlich sinken. Auch in den Schulen soll das Thema einen größeren Stellenwert einnehmen:  
1235 Wir wollen jeder Schule Zugang zu einer Lehrküche geben und an jeder Schule einen  
1236 Schulgarten etablieren, um allen Schüler\*innen die Möglichkeit zu bieten, Basiswissen zu  
1237 gesunder, pflanzlicher und nachhaltiger Ernährung zu erlangen und eine höhere Wertschätzung  
1238 für Lebensmittel zu entwickeln. Nach dem Vorbild Kopenhagen wollen wir möglichst viele  
1239 Schulen zu „Food-Schools“ machen, in denen das Essen frisch gekocht wird und Schüler\*innen  
1240 an der Zubereitung beteiligt werden können.

1241 Lebensmittelverschwendung beenden und Lebensmittelbetrug bekämpfen

1242 Berlin soll Zero-Waste-Stadt werden und auch dafür ist die Ernährungswende ein zentraler  
1243 Hebel. Wir wollen Strukturen unterstützen, durch die gerettete Lebensmittel besser verteilt  
1244 werden können. Supermärkte sollen abgelaufene Lebensmittel nicht mehr wegwerfen dürfen,  
1245 sondern beispielsweise an die Tafel oder Foodsharing spenden. Auch streben wir es weiterhin

1246 auf der Bundesebene an „Containern“ (entsorgte Lebensmittel aus den Mülltonnen der  
1247 Supermärkte zu entwenden) zu legalisieren. Verbraucher\*innen stehen für uns im Mittelpunkt –  
1248 und nicht die Agrar- und Lebensmittelindustrie. Wir wollen Lebensmittelbetrug einen Riegel  
1249 vorschieben, dazu haben wir in der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz bereits  
1250 einen Runden Tisch gegen Lebensmittelbetrug eingerichtet. Und wir werden noch mehr tun: Wir  
1251 wollen Polizei, Staatsanwaltschaft, die Lebensmittelaufsicht in Land und Bezirken und das  
1252 Landeslabor Berlin-Brandenburg noch besser vernetzen und fördern. Denn das Ausmaß des  
1253 Problems ist gewaltig – und jeder Betrug und jede Fälschung sind eine ganz reale  
1254 Gesundheitsgefahr.

1255 Auch in der Gastronomie wollen wir für mehr Transparenz und barrierefreien Zugang zu  
1256 Informationen sorgen. Dazu wollen wir den Verbraucher\*innen Zugang zu Erkenntnissen der  
1257 bezirklichen Lebensmittelüberwachung ermöglichen und die Ergebnisse der  
1258 Lebensmittelkontrollen wie in anderen Ländern, zum Beispiel Dänemark, auch an den Türen  
1259 aller Lebensmittelbetriebe für alle klar erkennbar veröffentlichen.

1260 1.7 Tierschutz stärken – lebenswerte Stadt für jedes Lebewesen

1261 Tiere bewohnen mit uns gemeinsam diese Stadt. Sie sind keine Gegenstände, sondern Lebewesen,  
1262 deren Rechte es zu schützen gilt. Wir wollen, dass Menschen und Tiere in dieser wachsenden  
1263 Stadt gut zusammenleben, und haben deshalb die Tierrechte in den vergangenen Jahren weiter  
1264 gestärkt. Ein Verbandsklagerecht ermöglicht es nun Tierschutzorganisationen in Berlin, bei  
1265 Verstößen gegen das Tierschutzgesetz stellvertretend für die Tiere zu klagen. Zudem haben  
1266 wir das Amt der Landestierschutzbeauftragten erstmals hauptamtlich besetzt. Berlin hat damit  
1267 endlich eine starke Stimme für Tierrechte erhalten. Wir streben an, dieses Amt mit  
1268 zusätzlichen Kompetenzen auszustatten.

1269 Tierschutz besser finanzieren, Heimtierhaltung besser regulieren

1270 Die mit dem Tierschutz beauftragten Behörden des Landes Berlin wollen wir so ausstatten,  
1271 dass sie ihrer Arbeit vollumfänglich nachkommen können. Zudem wollen wir Tierheime,  
1272 Wildauffangstationen, Tierschutzorganisationen und -initiativen sowie Tiertafeln besser  
1273 finanzieren und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung verbindlicher gestalten. Wir stärken  
1274 Tierschutzpädagogik, ergreifen Bildungsinitiativen für die artgerechte Haltung von  
1275 Heimtieren und werden Werbung, die Heimtiere bzw. deren Haltung unangemessen darstellt,  
1276 problematisieren. Für die private Tierhaltung wollen wir verbindliche Standards im Hinblick  
1277 auf das Tierwohl festlegen und auf Bundesebene darauf hinwirken, dass Haltung, Zucht und  
1278 Handel von Heimtieren in einer Tierschutz-Heimtierverordnung geregelt wird. Unser Ziel ist  
1279 es, zu regeln, welche Arten unter Berücksichtigung von Tier-, Arten- und Naturschutz sowie  
1280 von Gesundheits- und Sicherheitsaspekten für den Handel und die Privathaltung akzeptabel  
1281 sind. Wir lehnen Reptilien- und Exotenbörsen ab und setzen uns für eine stärkere Kontrolle  
1282 ein. Den illegalen Handel mit Welpen und allen anderen Tieren wollen wir durch bessere  
1283 Behördenzusammenarbeit unterbinden.

1284 Um den Tierschutz in Privathaushalten besser durchsetzen zu können, wollen wir ein Haus- und  
1285 Heimtierregister und eine Tier-Notruf-Nummer für alle Tierarten einführen. Ferner streben  
1286 wir weitere Hundeauslaufflächen an, um in möglichst allen Bezirken ausreichend Platz für  
1287 Hunde zu schaffen. Wir werden prüfen, mit welchen wirkungsvolleren Mitteln der  
1288 Gefahrenabwehr wir die Rasselisten ersetzen können. Pferdehaltung soll tiergerechter und mit  
1289 mehr Offenstallhaltung erfolgen. Wir vertreten die Überzeugung, dass Pferdekutschen nicht  
1290 nach Berlin gehören und lehnen den Einsatz von Pferdestaffeln der Bundespolizei in Berlin  
1291 ab. Wir werden ein berlinweites Taubenmanagement mit betreuten Taubenschlägen zur  
1292 Populationskontrolle einrichten. Wir entwickeln effektive Strategien gegen Qualzuchten bei  
1293 allen Tierarten.

1294 Massentierhaltung beenden

1295 Mit einem Normenkontrollantrag beim Bundesverfassungsgericht geht Berlin bereits gegen  
1296 tierschutzwidrige Bestimmungen in der Schweinehaltung vor. Auf Bundesebene setzen wir uns  
1297 dafür ein, dass die Anzahl der gehaltenen Tiere deutlich reduziert und jede Haltung im  
1298 Agrarbereich auf einen tiergerechten, ökologischen und nachhaltigen Standard gehoben wird  
1299 und dass Lebensmittel, die aus Massentierhaltung stammen, klar gekennzeichnet werden müssen.  
1300 Auch so wollen wir erreichen, dass Produkte in Supermärkten, die in Teilen oder ganz aus  
1301 Massentierhaltung stammen, immer weniger werden.

1302 Jagdgesetz überarbeiten

1303 Das Berliner Jagdgesetz wollen wir modernisieren. Durch ein ökologisches und  
1304 wissenschaftlich begründetes Wildtiermanagement wollen wir die Jagdzeiten und die Anzahl der  
1305 beliebig jagdbaren Arten reduzieren. Der Abschuss von Haustieren soll untersagt werden.  
1306 Jäger\*innen sollen darüber hinaus regelmäßig Fortbildungen und Schießprüfungen absolvieren  
1307 müssen.

1308 Keine Wildtiere im Zirkus

1309 Wildtiere gehören nicht in den Zirkus. Wir haben deshalb in den vergangenen Jahren die  
1310 landesrechtlichen Kompetenzen voll ausgeschöpft, um keine öffentlichen Flächen mehr an  
1311 Zirkusse mit Wildtieren zu vergeben. Auf Bundesebene streben wir nach wie vor ein völliges  
1312 Verbot von Wildtieren in Zirkussen an. Wir sehen Tiere in Zirkussen kritisch und setzen uns  
1313 für höhere Tierhaltungsstandards, mindestens wie in Zoos, ein. Auch im Zoo und Tierpark  
1314 wollen wir eine konsequente Ausrichtung auf tiergerechte Haltung und  
1315 Beschäftigungsmöglichkeiten.

1316 Tierversuche durch Alternativmethoden ersetzen

1317 Die Zahl der wirtschaftlich und wissenschaftlich genutzten Tiere wollen wir stetig  
1318 reduzieren und Tierversuche im Sinne der 3R (Reduce, Replace, Refine) so weit wie möglich  
1319 durch alternative, tierversuchsfreie Methoden ersetzen. Berlin soll Forschungshauptstadt für  
1320 alternative, tierversuchsfreie Methoden werden. Dabei ist es für uns selbstverständlich,  
1321 dass es in Berlin keine Tierversuche mit Schweregrad „schwerst“ nach der EU-  
1322 Tierversuchsrichtlinie sowie Versuche an Primaten geben darf. Das Festhalten an gängiger  
1323 Forschungspraxis oder wirtschaftlichen Interessen darf nicht länger über dem Tierschutz  
1324 stehen. Dafür haben wir die Berliner Tierversuchskommission in einem ersten Schritt  
1325 paritätisch mit Vertreter\*innen aus der Wissenschaft und dem Tierschutz besetzt. In der  
1326 Zukunft werden wir dabei die Rolle von unabhängigen Vertreter\*innen des Tierschutzes  
1327 stärken. Tierschützer\*innen sollen die gleichen Rechte wie die Vertreter\*innen der  
1328 Wissenschaft haben. Wir fordern eine gesetzlich verankerte, verbindliche  
1329 Dokumentationspflicht auf Bundesebene und werden den Aufbau von Datenbanken weiter fördern  
1330 und auf die Vermeidung von Doppel- und Wiederholungsversuchen hinwirken. Verstärkte  
1331 Kontrollen sollen Tiere in Versuchsvorhaben besser schützen. Gemeinsam mit der Forschung,  
1332 der Landestierschutzbeauftragten, den Tierschutzorganisationen und forschenden  
1333 Pharmaunternehmen werden wir konkrete Ausstiegsfahrpläne für Tierversuche entwickeln. Die  
1334 Landesförderungen von Forschungsvorhaben knüpfen wir an die Bedingung, Alternativen zu  
1335 nutzen, zu erarbeiten und weiterzuentwickeln. Dabei bevorzugen wir Projekte, die  
1336 Tierversuche ersetzen helfen oder Alternativmethoden validieren. Wissen über alternative  
1337 Methoden zu Tierversuchen soll bereits in grundständigen Studiengängen vermittelt werden und  
1338 in der Lehre soll wo immer möglich auf Tierversuche verzichtet werden. Gegenüber dem Bund  
1339 und der Europäischen Kommission setzen wir uns für ein Ausstiegsszenario aus der an  
1340 Tierversuche gebundenen Forschung ein.

1341 1.8 Berlins Tourismus ökologisch und nachhaltig weiterentwickeln

1342 Berlin ist eine weltoffene, diverse und gastfreundliche Stadt. Viele von uns lieben und  
1343 schätzen Berlin dafür. Die Clublandschaft, die Museen und Galerien, die Flaniermeilen und  
1344 Flohmärkte sowie das reiche gastronomische und kulturelle Angebot – all dies macht Berlin  
1345 auch für uns Berliner\*innen so liebenswert und lebt auch in hohem Maße vom Tourismus. Die  
1346 Corona-Krise, durch die Millionen von Tourist\*innen nicht mehr nach Berlin kommen konnten,  
1347 hat uns noch einmal vor Augen geführt, wie wichtig der Tourismus als Wirtschaftsfaktor für  
1348 Berlin ist, doch ein „Weiter so“ wie bisher kann es in Berlin nicht geben. Deshalb wollen  
1349 wir den nachhaltigen Tourismussektor weiter ausbauen und ökologische Hotels stärker  
1350 unterstützen. Die Zeit jetzt muss genutzt werden, um die bestehenden Probleme anzugehen,  
1351 damit auch in den belasteten Kiezen die Akzeptanz wieder steigt. Eine erfolgreiche  
1352 Tourismuspolitik bemessen wir nicht anhand von immer höheren Besucherrekorden, sondern sie  
1353 bedeutet für uns auch eine aktive Stadtentwicklungspolitik, die lenkt und gestaltet.

1354 Stadtverträglicher, ökologisch nachhaltiger Tourismus

1355 Denn der Tourismus hat auch seine Schattenseiten. In vielen Kiezen der Innenstadt ist der  
1356 Unmut über massiv steigende Touristenzahlen sehr groß. Ferienwohnungen, Lärm, Müll und  
1357 steigende Preise schaffen in Teilen der Stadt Herausforderungen. Für uns ist klar: Tourismus  
1358 wird auch nach der Pandemie ein wichtiges wirtschaftliches Standbein unserer Stadt sein,  
1359 aber wir brauchen einen stadtverträglichen Tourismus, der die Anwohnenden möglichst nicht  
1360 belastet und sie mit ihren Bedürfnissen einbezieht sowie ökologisch, sozial und nachhaltig  
1361 ist. Mit dem Tourismuskonzept 2018+ für Berlin haben wir dafür konkrete Ziele festgelegt.  
1362 Ströme von Tourist\*innen sollen stärker entzerrt werden: von den Gärten der Welt in Marzahn-  
1363 Hellersdorf oder dem Schloss Biesdorf bis zur Zitadelle Spandau – Berlin hat deutlich mehr  
1364 zu bieten als „Kreuzberger Nächte“. Deswegen wollen wir die touristische Infrastruktur  
1365 außerhalb des S-Bahn-Rings stärken und mehr Aufmerksamkeit für weniger beachtete  
1366 Sehenswürdigkeiten schaffen. Berlin braucht für die Zeit nach der Corona-Pandemie einen  
1367 neuen Aufschlag, um nachhaltig und zukunftsorientiert den Tourismus in Berlin zu gestalten.  
1368 Wichtig dabei wird ein Hotelentwicklungsplan sein, mit dem wir die innerstädtischen Bezirke  
1369 entlasten und eine stärkere Steuerung des Beherbergungswesens erreichen wollen. Dabei muss  
1370 für neue Hotels auch die Umgebung mit betrachtet werden, um touristische und gastronomische  
1371 Monostrukturen zu verhindern. Dies sollte auch für bereits geplante Hotels und Hostels  
1372 gelten. Die illegale Umnutzung von Wohnraum als Ferienwohnung muss deutlich strenger  
1373 kontrolliert werden. Die Attraktivität der Berufe soll durch bessere Arbeitsbedingungen, vor  
1374 allem eine angemessene Bezahlung und effektivere Arbeitsschutzbestimmungen, gesteigert  
1375 werden. Große Ziele verlangen ein beherztes Anpacken. Deswegen haben wir angefangen,  
1376 VisitBerlin von einer Marketingagentur zu einer gestaltenden Akteur\*in umzubauen, die  
1377 Impulse für einen nachhaltigen und stadtverträglichen Tourismus setzt – und zwar in enger  
1378 Zusammenarbeit mit den Bezirken. So haben wir einen Bürger\*innenbeirat ins Leben gerufen, um  
1379 die Berliner\*innen aus den verschiedenen Bezirken besser bei der Umsetzung des neuen  
1380 Tourismuskonzeptes einzubinden. Diese Beteiligung wollen wir weiter ausbauen. Außerdem  
1381 wurden den Bezirken mehr finanzielle Mittel an die Hand gegeben, um vor Ort gezielt  
1382 Maßnahmen umsetzen zu können – was wir nochmal deutlich verstärken wollen.

1383 Stärkere Reinigung von Parks und Straßen

1384 Beliebte Parks, Straßenzüge und Kieze leiden unter einem erhöhten Müllaufkommen. Deswegen  
1385 haben wir die Parkpflege personell verstärkt und sichergestellt, dass die BSR viele Berliner  
1386 Parks, wie zum Beispiel den Görlitzer Park, regelmäßig und stärker reinigt. Das kostet viel  
1387 Geld, stößt aber auf sehr viel Zuspruch bei den Anwohnenden. Gerade Orte mit vielen  
1388 Tourist\*innen oder viel Durchgangsverkehr haben einen hohen Wert für die ganze Stadt – es

1389 ist nicht gerecht, die Anwohnenden mit den Mehrkosten dafür alleinzulassen, diese sollen  
1390 stattdessen vom Land übernommen werden.

1391 City-Tax und der Fonds „Ökologischer Tourismus“

1392 Den Tourismus in Berlin wollen wir ökologischer und nachhaltiger gestalten. Dazu wollen wir  
1393 den Fonds „Ökologischer Tourismus“ einrichten. Dieser soll Hotels, Restaurants und  
1394 touristische Einrichtungen dabei unterstützen, ihren Ressourcenverbrauch zu verringern, ihre  
1395 Energieeffizienz zu steigern und Barrierefreiheit zu ermöglichen. Mit der Förderung des  
1396 ersten Solarschiffes – eines emissionsfreien Ausflugsdampfers auf der Spree – haben wir  
1397 gezeigt, wie ökologischer Wassertourismus in Berlin aussehen kann. Wir wollen den Einsatz  
1398 solcher Solarschiffe zukünftig noch stärker fördern. Auch die Hop-On-Hop-Off-Busse sollen  
1399 emissionsfrei werden und ein Konzept zur Entzerrung des Reisebusverkehrs soll Berlin  
1400 entlasten. Außerdem möchten wir die Einnahmen aus der Berliner City-Tax zu großen Teilen für  
1401 die Gestaltung hin zu einem stadtverträglichen und ökologischen Tourismus nutzen.

1402 Jetzt ganz konkret: bündnisgrüne Projekte für die Zukunft Berlins

1403 1. Berlins Dächer werden Solarkraftwerke

1404 Berlin kann 25 Prozent der hier verbrauchten Energie aus Solarenergie decken – wir wollen  
1405 das bis 2035 schaffen. Auf Neubauten und bei wesentlichen Dachumbauten machen wir eine  
1406 Solaranlage zur Pflicht. Bis 2025 sollen berlineigene Gebäude wie Schulen oder Ämter  
1407 standardmäßig mit Solaranlagen ausgestattet und nachgerüstet werden. Mit der Solardachbörse  
1408 wollen wir erreichen, dass Hauseigentümer\*innen ihr Dach zur Verfügung stellen, um es in ein  
1409 Solarkraftwerk umzuwandeln.

1410 2. Eine Stadt ohne Müll

1411 Ob Straßen, Parks oder Spielplätze – wir wollen eine saubere Stadt. Dazu wollen wir den  
1412 Reinigungstakt in den besonders betroffenen Kiezen steigern, ohne dabei die Kosten für die  
1413 Anwohnenden zu erhöhen. Wir werden mehr Sperrmüll-Abgabe-Stellen einrichten, um die Wege zu  
1414 verkürzen. Besonders viel besuchte Parks und Spielplätze sollen regelmäßig von der BSR  
1415 gereinigt werden. Am besten ist es aber, wenn Müll erst gar nicht entsteht, und ein langes  
1416 Leben für Geräte schützt das Klima. Deshalb werden wir Pfandsysteme, zum Beispiel beim Essen  
1417 to go, stärker fördern. Wir werden weiterhin dafür streiten, dass die bundesrechtlichen  
1418 Vorgaben endlich Schluss machen mit dem Verpackungswahnsinn und die Ressourcenverschwendung  
1419 gestoppt wird.

1420 3. Ökologische Stadtquartiere der Zukunft – Bauwende umsetzen

1421 Aus anderen Städten kennen wir leuchtende Beispiele des ökologischen Bauens und der  
1422 nachhaltigen Stadtentwicklung – seien es auf Balkonen wachsende Bäume, Ökobaustoffe wie  
1423 Holz, Lehm und Stroh oder Sportflächen, die die Versickerung von Regenwasser zulassen. Wir  
1424 wollen die Bauwende umsetzen, die Verkehrswende Realität werden lassen, Berlin zur  
1425 „Schwammstadt“ umbauen und multifunktionale Orte schaffen. Um Impulse dafür zu setzen,  
1426 wollen wir eine Internationale Bauausstellung (IBA) mit und in allen Berliner Bezirken  
1427 initiieren. Wir tun dies zusammen mit Brandenburg und setzen Impulse für eine ökologische  
1428 und soziale Stadtplanung und schaffen klimaresilienten Wohn- und Gewerberaum mit der  
1429 notwendigen sozialen, kulturellen und grünen Infrastruktur.

1430 4. Autofreie Kieze in ganz Berlin

1431 Wir wollen Autos aus Straßenzügen und Kiezen rausholen und Platz schaffen für das Leben –  
1432 für Kinder, Kultur und Natur. Weniger Abgase und Lärm, mehr Platz zum Spielen und Flanieren.  
1433 An der Friedrichstraße haben wir es vorgemacht und weitere Straßen werden folgen. Um Kieze

1434 vom Auto-Durchgangsverkehr zu befreien, wollen wir auch in der nächsten Legislatur viele  
1435 neue Kiezblocks schaffen.

1436 5. Die Taktzahl erhöhen – Bus und Bahn ausbauen

1437 Alle Berliner\*innen müssen die Gewissheit haben: Der Bus kommt sofort. Um das zu schaffen,  
1438 wollen wir die Taktung von Bussen und Bahnen deutlich erhöhen. Unser Ziel ist es, in dicht  
1439 besiedelten Quartieren, unabhängig davon, ob sie innerhalb oder außerhalb des S-Bahn-Ringes  
1440 liegen, alle fünf Minuten einen Anschluss an den ÖPNV bereitzustellen. In weniger dicht  
1441 besiedelten Gebieten soll den Berliner\*innen mindestens alle zehn Minuten ein ÖPNV-Angebot  
1442 zur Verfügung stehen.